

Politische Berichte ★

Postvertriebsstück G 7756 D
ENTGELT BEZAHLT 1
50667 PB
GNN, Postfach 260 226, 50515 Köln

Ulrike Detjen
Burgunderstr. 57-59

50677 Köln

Nummer 14/16. Jahrgang

13. Juli 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM



Kriegsmacht im Einsatz

Eskalation auf dem Balkan

Nach der Beendigung des sogenannten Geiseldramas der UNO-Blauhelme durch die bosnischen Serben hatte sich bei den meisten Verantwortlichen der internationalen Gemeinschaft zumindest eine reale Erkenntnis durchgesetzt: weder einseitige noch überhaupt Militärschläge und auch Drohgebärden führen zu einer Lösung, die einzige Alternative sind politische Verhandlungen und eine friedliche Einigung aller Konfliktparteien. Doch wie so oft schon in dem mehr als drei Jahre wütenden Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien wurden auch diesmal wieder diese Hoffnungen durch Aktivitäten in der Praxis faktisch zu nichte gemacht.

Während die nach erneuten NATO-Bombenangriffen auf serbische Stellungen erfolgte Geiselnahme zu schweren Drohungen und Ultimaten führte, was bis zu einem gewissen Grade sogar verständlich ist und sicher auch dazu führte, daß sich Serbenführer Radovan Karadzic de facto für diesen „Fehler“ entschuldigen mußte, drückt man bei gleichen „Vergehen“ der moslemischen Führung nicht nur ein Auge zu. Mehr noch, die von den moslemischen Regierungstruppen begonnene Großoffensive, vor der diesmal sogar die USA gewarnt hatten und die mit massiven Behinderungen für mehr als 600 Blauhel-

me verbunden ist, wird höchstens verbal verurteilt, dafür aber durch Militärberater und massive antiserbische Medienkampagnen unterstützt.

Weiterhin eine Politik der doppelten Standards

Anstatt den Verantwortlichen für den Bruch des Waffenstillstandes vom 1. Januar 1995 (ein Ergebnis der ebenfalls verheißungsvollen Mission des ehemaligen US-Präsidenten Carter) und den notorischen Anhängern einer militärischen Option auf Seiten der bosnischen Moslems und Kroaten energisch in den Arm zu fallen und ihnen jegliche Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht zu Verhandlungen bereit sind, wird die mit der voreiligen Anerkennung von Slowenien, Kroatien und eines praktisch nicht existierenden Bosnien-Herzegowina begonnene Politik des doppelten Standards fortgesetzt.

Man beschäftigt sich mit der Bildung einer schnellen Eingreiftruppe, die, wie die Praxis zeigt, im Kriegsgebiet keiner will und über deren Mandat es offensichtlich so viele Meinungen wie Beteiligte gibt. Und der neuernannte EU-Vermittler, der konservative schwedische Ex-Ministerpräsident Carl Bildt, findet nicht den Weg nach Pale, dem



Über 10 000 Personen beteiligten sich am 1. Juli in Hannover an einer Demonstration zum Gedenken an den vor einem Jahr beim Kleben eines ERNK-Plakates durch eine Polizeikugel getöteten kurdischen Jugendlichen Halim Dener. Im Oktober, 15 Monate nach der Tat, soll sich der Todesschütze, ein SEK-Beamter, vor dem Landgericht Hannover wegen „fahrlässiger Tötung“ verantworten. — (rül)

Sitz der bosnischen Serben-Führung, ohne die mit Sicherheit eine Friedensregelung nicht möglich ist. Dagegen werden noch immer die Sanktionen gegen Jugoslawien vor allem wegen des Drucks aus Washington und Bonn aufrechterhalten, obwohl man gerade aus Belgrad die größte Unterstützung für Verhandlungen erwartet und auch erhält. Daß sich dabei die Sanktionen mehr als kontraproduktiv erwiesen haben, wird übrigens inzwischen von vielen Staaten und einflußreichen Politikern erkannt und bestätigt. Die Fortsetzung dieser Sanktionen ist umso verhängnisvoller, weil damit gleichzeitig die offizielle Beteiligung kroatischer Truppen am Krieg in Bosnien faktisch

sogar unterstützt wird — während Jugoslawien seit Mai 1992 keine Truppen mehr dort hat und seit August 1994 sogar die Beziehungen zu Pale abgebrochen hat. Sanktionsforderungen gegen Kroatien im UN-Sicherheitsrat wurden vor allem auch von Deutschland verhindert. Erinnert sei daran, daß nach dem

Fortsetzung nächste Seite

„Wir werden keine Ruhe geben, bis der § 218 ersatzlos gestrichen ist“

Petra Bläss am 29. Juni im Bundestag zur „Reform“ des § 218 StGB

Parlamentarisches Prozedere wird zur Farce, wenn nun plötzlich das, was wochenlang hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurde, im Eiltempo über die parlamentarische Bühne gejagt wird.

Zurecht hat der Bundesverband von PRO FAMILIA angemahnt, daß eine Entscheidung von so großer Bedeutung für viele Frauen nicht im Hauruck-Verfahren durchgezogen werden dürfe.

Es ist erschreckend, was uns hier als Jahrhundertwerk präsentiert wird: — ein nach nunmehr jahrelanger Herumdokterei unverändert restriktiver § 218 StGB, der den Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich kriminalisiert; — ein gesetzliches Regelwerk, das nicht im geringsten die verfassungsrechtlichen Spielräume ausnutzt, die das Karlsruhe Urteil für die Fest-

schreibung von Frauenrechten bietet und obendrein die Widersprüchlichkeit des Richterspruchs nunmehr gesetzlich festschreibt — insbesondere, was die restriktive Beratungsregelung betrifft.

Beim Vergleich des neuen § 219 StGB, in dem das Beratungsziel „Schutz des ungeborenen Lebens“ und der eigenständige Rechtsanspruch auf Leben des Ungeborenen auch gegenüber der Frau festgeschrieben ist, und dem neuen § 5 des „Gesetzes über Aufklärung, Verhütung, Familienplanung und Beratung“, in dem die Ergebnisoffenheit der Beratung betont wird, fällt mir wirklich nur noch das in der Anhörung von einer Sachverständigen so treffend gezeichnete Bild von der Ampel ein, die gleichzeitig auf Rot und Grün geschaltet ist.

Das vorliegende Verhandlungsergebnis als Fortschritt zu feiern, ist insbesondere ein Schlag ins Gesicht aller Ost-

frauen. Der Verlust des Selbstbestimmungsrechts der Frau ist ein massiver Rückschritt in ihrer Rechtsstellung. Daß er von einer satten Mehrheit unseres Parlaments stillschweigend in Kauf genommen wird, ist ein alarmierendes Signal, das zugleich symptomatisch für diese Bundesrepublik im Jahre 5 der deutschen Einheit ist.

Die bevorstehende 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen sollte Anlaß dafür sein, gerade in Sachen Abtreibungsregelung über den deutschen Tellerrand zu schauen. Die vorgesehene Neuregelung wird nicht nur eine der restriktivsten auf EU-Ebene sein, sie verweigert am Ende des 20. Jahrhunderts Frauen nach wie vor das Grundrecht auf Selbstbestimmung. Frauenrechte sind Menschenrechte — und Menschenrechte sind unteilbar. Die Frage der reproduktiven Rechte von Frauen sind

ein genauer Indikator für ihre Stellung in der Gesellschaft.

All denen, die mit der Beschlußfassung im Bundestag die Hoffnung verbinden, sich nun nicht mehr mit dem leidigen Problem der Schwangerschaftsabbruchregelung beschäftigen zu müssen, sei eins gesagt:

Der heutige Gesetzgebungsakt wird keinesfalls das letzte Kapitel der unendlichen Geschichte des Schandparagraphen 218 sein. Solange Frauen durch patriarchales Recht in ihrem Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt werden, ist das Thema nicht vom Tisch. Wir Frauen werden keine Ruhe geben, bis der § 218 ersatzlos gestrichen ist.

Petra Bläss, Mitglied des Unabhängigen Frauenverbandes, ist frauen- und sozialpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag.

Seite 13: Bundestag zum Balkaneinsatz

Fortsetzung von Seite 1:
Deutsche Kriegsmacht auf dem Balkan

wortbrüchigen Überfall Kroatiens auf die UN-Schutzzone Westslawonien Anfang Mai dieses Jahres eine unglaubliche Erklärung von Präsident Tudjman in Bonn, man werde sich nach der „begrenzten Polizeiaktion“ zurückziehen, genügt, daß Außenminister Kinkel nach New York signalisierte, Sanktionen gegen Kroatien seien nicht notwendig.

Das tatsächliche Ergebnis der „begrenzten Polizeiaktion“ Kroatiens sind über 1000 zivile Opfer und fast 15000 vertriebene Serben — eine klassische ethnische Säuberung. Westslawonien ist damit unter massiver Behinderung der UNO und anderer praktisch unverleibt, und neue massive Kriegsdrohungen gegen die Krajina-Serben unter Mißachtung des Vance-Plans lassen gerade in diesen Tagen Schlimmes befürchten.

In Bosnien geht inzwischen der Krieg mit noch größerer Härte weiter. Dabei ist nur noch begrenzt, wenn es in die Argumentation paßt, von UN-Schutzonen die Rede, werden diese doch auch jetzt wieder für moslemische Angriffe gegen serbische Stellungen genutzt. Viele glauben sicher, daß die moslemische Offensive um Sarajevo der Durchbrechung des sogenannten Belagerungsringes diene. Tatsächlich geht es aber um die Eroberung des serbischen Teils von Sarajevo, dessen Existenz sowieso weitgehend verschwiegen wird. Daß die Moslems dabei UN-Objekte und zivile Einrichtungen als Schutzschild für ihre Angriffe aus dem moslemischen Stadtteil heraus nutzen, ist auch nur Kennern der Lage, allerdings auch den verantwortlichen Politikern des Westens bekannt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Moslems und Kroaten eine Verstärkung der Blauhelme unter dem jetzigen Mandat ablehnen. Sie verlangen deren Umwandlung in NATO-Truppen, um sie so praktisch zur Kriegspartei zu machen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der unselige Beschluß der Bundesregierung und dessen Sanktionierung durch den Bundestag, Truppen und Flugzeuge nach Bosnien zu entsenden, Öl ins Feuer des Bosnienkonflikts und eine weitere Station auf dem Weg Deutschlands zur Großmacht. Das gilt umso mehr, als selbst in der Bundestagsdebatte kein Hehl daraus gemacht wurde, daß der Tornadoeinsatz sich ausschließlich gegen die Serben richtet — im Widerspruch zum UN-Mandat, das sich zumindest formell neutral gegenüber den drei Kriegsparteien gibt. Der Abschluß einer italienischen Maschine vor zwei Jahren durch die Moslems, bei dem die Besatzung ums Leben kam, ist längst vergessen.

Deutsche Truppen bald zum dritten Mal auf dem Balkan

Ein Ergebnis dieser Politik ist schon jetzt sichtbar. Bei den Serben wurden die Erinnerungen an die grausamen Un-

taten der deutschen Okkupanten gerade im ehemaligen Bosnien-Herzegowina, daß ja dem kroatischen Ustascha-Staat einverleibt wurde, wieder hell wach. Nicht nur ehemalige Teilnehmer am Volksbefreiungskampf, sondern vor allem auch die Nachfahren der zahlreichen Opfer — und davon blieb kaum eine serbische Familie verschont — sind empört und sehen in dem deutschen Beschluß, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert auf dem Balkan einzugreifen, eine offene Provokation. Wer ehrlich zu sich selbst ist, muß dafür Verständnis haben. Das umso mehr, da für jeden Eingeweihten klar sein muß, daß die deutschen Tornados und selbst die Sanitäter tatsächlich nicht gebraucht werden. Weder das gegenwärtige Mandat der UN-Blauhelme, das weitere Luftschläge im Interesse der Sicherheit der Blauhelme ausschließt, noch ein eventueller Abzug macht dies notwendig. Zumindest droht ihnen im Falle des Abzugs von den Serben keine Gefahr. Diese sind besonders jetzt, wo die Gefahr wächst, daß die UN-Truppen von den

Moslems und Kroaten in den Krieg hineingezogen werden, mehr an ihrem Abzug als an einer Verstärkung durch eine schnelle Eingreiftruppe der NATO interessiert.

Ohne Gleichbehandlung keine Friedensregelung

Wer tatsächlich eine Friedensregelung will, muß schnellstens zum Prinzip der Gleichbehandlung der Konfliktparteien zurückkehren und jegliche auch nur moralische Unterstützung der Anhänger einer militärischen Option aufgeben. Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung wäre dabei die Aufhebung der Sanktionen gegen Jugoslawien. Die deutsche Außenpolitik, die eine große Mitverantwortung für die Situation im früheren Jugoslawien hat, könnte hier nicht nur Fehler der Vergangenheit korrigieren, sondern auch einen echten Beitrag zur Friedensregelung leisten, was gleichzeitig ein wesentlicher humanitärer Beitrag wäre. — (H.W.)



Protestaktion von Abgeordneten und Mitgliedern der PDS gegen den Bosnieninsatz vor dem „verhüllten“ Reichstag in Berlin, Ende Juni. Bild-dokument aus: „Neues Deutschland“.

AKTUELL IN BONN**Schäuble will Siedlungsrechte**

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Schäuble, hat auf dem „Deutschlandtreffen“ der „Oberschlesier“ in Nürnberg neuerliche Siedlungsrechte für deutsche Staatsbürger in Polen verlangt. Die deutsch-polnische Grenze habe man akzeptieren müssen, so Schäuble auf dem Treffen. Umgekehrt müsse aber auch die polnische Regierung deutschen Staatsbürgern ein Siedlungsrecht in Polen zugestehen. Schäuble wörtlich unter Bezug auf den von Polen angestrebten Beitritt zur EU: „Der europäische Weg, das ist der Weg zur Rückkehr der rückkehrwilligen Deutschen in ihre angestammte Heimat“. Mit einer solchen „Rückkehr“ sind ganz sicher auch neuerliche Eigentumsansprüche verbunden. Die Zerstörung polnischer Souveränitätsrechte gehört offensichtlich zum festen Programm der Rekolonisierung des Ostens, wie sie die CDU/CSU verfißt.

Petitionsausschuß mißachtet

Die PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter hat der Bundesregierung eine Mißachtung des Petitionsausschusses des Bundestages vorgeworfen. Anlaßlich des Jahresberichts des Petitionsausschusses erklärte die Abgeordnete: „Themen wie weiter zunehmende Fremdenfeindlichkeit, Planungen für Großwaffenprojekte oder das Mietenerleichterungsgesetz für die neuen Bundesländer veranlassen immer mehr Menschen, sich direkt an den Gesetzgeber zu wen-

den ... 22612 Menschen forderten die Bundesregierung auf, Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu ergreifen, 1,1 Millionen Petenten forderten die Erleichterung der Einbürgerung ausländischer MitbürgerInnen, und 80000 forderten von der Bundesregierung, auf die geplante Anschaffung des Jägers 2000 zu verzichten.“ Das Verhalten der Regierung gegenüber solchen Forderungen sei „von Ignoranz geprägt“.

Arbeitslosenhilfe nach „Marktwert“?

Das Bundesarbeitsministerium hat Pläne der Regierung bestätigt, die Höhe der Arbeitslosenhilfe künftig nicht mehr nach den früheren Einkommen (auf die der Arbeitslose auch seine Beiträge gezahlt hatte) sondern nach dem „Marktwert“ des Arbeitslosenhilfebezieher zu staffeln. Wie diese „Marktwert“-Ermittlung vonstatten gehen soll, ist noch völlig offen. Elementarste Versicherungsgrundsätze würden damit über den Haufen geworfen. Schließlich zahlt jede Person ihre Versicherungsbeiträge ja gerade, um im Unglücks- (= Versicherungs)-Fall gegen „Marktrisiken“ geschützt zu sein. Auf jeden Fall sollen die Arbeitslosenhilfe-Zahlungen im nächsten Jahr um 3,4 Milliarden DM gekürzt werden. Weitere 400 Millionen DM will Blüm durch Änderung der „Bemessungsgrundlage“ auch bei der Arbeitslosengeldzahlung streichen. Von der „Marktwert“-Einstufung wären derzeit 915000 Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe betroffen.

Mehr Schutz für Geringverdiener?

SPD und DGB haben eine neue Initiative zugunsten von Geringverdienern angekündigt. Die SPD will einen Gesetzesentwurf, den sie im Frühjahr 1994 bereits einmal vergeblich in den Bundestag eingebracht hatte, erneut vorlegen. Er sieht vor, daß alle Beschäftigten Rentenversicherungsbeiträge zahlen müssen. Außerdem soll der Krankenversicherungsschutz für diese Beschäftigten verbessert werden. Laut DGB arbeiten derzeit bereits ca. 5 Millionen Menschen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Weniger als ein Fünftel davon hat einen schriftlichen Arbeitsvertrag. Fast die Hälfte ist auf Abruf tätig. Allein im Einzelhandel habe sich die Zahl solcher Beschäftigter in den vergangenen 10 Jahren auf 500000 Personen verzehnfacht, so der DGB. Weiter 750000 Personen seien ungeschützt in Haushalten tätig, 200000 im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Gegen Lohndumping

Die Berliner Landesregierung will im Bundesrat einen eigenen Gesetzesentwurf gegen Lohndumping einbringen. Anlaß sind die niedrigen Löhne für ausländische Arbeiter besonders am Bau. In Berlin sind wegen dieser Niedriglöhne derzeit fast die Hälfte der 50000 örtlichen Bauarbeiter arbeitslos oder müssen kurzarbeiten. Nach jahrelangem Widerstand der FDP hatte das Bundeskabinett kürzlich „Eckpunkte“ einer nationalen „Entsenderichtlinie“ verabschie-

det, die verlangt, daß ausländische Arbeiter in der BRD vom ersten Tag an nach hiesigen Löhnen entlohnt werden müssen. Der Berliner Entwurf ist im Unterschied zu den Bonner „Eckpunkten“ unbefristet, gilt für alle Branchen, nicht nur den Bau, und sieht schärfere Sanktionen bei Verstößen vor.

Kein russisches Plutonium!

Der freche Plan der Bundesregierung, das Hanauer Siemenswerk zur „Abrüstung“ von russischem waffenfähigen Plutonium einzusetzen und so die Stilllegung der jahrelang bekämpften Anlage im letzten Augenblick noch zu verhindern (wir berichteten), scheint zu scheitern. Russische Regierungssprecher wiesen alle Ansinnen, der BRD waffenfähiges Plutonium zu übergeben, weit von sich. Das käme niemals in Frage. Damit dürfte Kinkel, der sich für dieses Ansinnen kurz vorher vom Kabinett Verhandlungsauftrag hatte geben lassen, gleich im Ansatz gescheitert sein.

Was kommt demnächst?

Am 14. Juli ist die vorläufig letzte Sitzung des Bundesrats vor der „Sommerpause“. Der Bundestag ist bereits in „Sommerpause“. Am 18. Juli wird das Bundeskabinett vermutlich ein erneutes Schlichtungsverfahren zum „Jahressteuergesetz 1996“ einleiten. Regelmäßiger Sitzungsbeginn von Bundestag und Bundesrat ist dann wieder im September. Die nächsten Wahlen sind am 22. Oktober in Berlin.

Rot-Grün für NRW — Chancen und Risiken des Koalitionsvertrages

Barbara Steffens zum rot-grünen Koalitionsvertrag in NRW

Die Verhandlungen in NRW waren um ein Vielfaches schwieriger als Verhandlungen in Bundesländern, in denen SPD und Grüne gemeinsam aus der Opposition kamen (z.B. Hessen, Niedersachsen) und ein gemeinsames Wahlziel, die Ablösung der CDU, erreichten. Die NRW-SPD hatte bis zum Vortag der Wahl nicht damit gerechnet, die absolute Mehrheit zu verlieren, und sich keineswegs darauf eingestellt, Koalitionsverhandlungen zu führen.

Dementsprechend gering war die Bereitschaft zur Veränderung, stark der Wunsch, alles unter dem Motto „weiter so“ zu regieren, und ausgeprägt der Unwille, personelle Gestaltungsspielräume für die Grünen zu eröffnen.

Nicht nur der Eindruck, unser Gegenüber meine nicht, das Land zu regieren, sondern es zu besitzen, machte sich breit, auch das Gefühl, neben der SPD noch eine Reihe weiterer Verhandlungspartner mit am Tisch sitzen zu haben. Je nach Thema schwebte der „Geist“ der IGBE, des RWE, von Rheinbraun, aber auch der anderer WirtschaftsvertreterInnen im Raume. Eine fast panische Angst, die Wirtschaft zu verärgern oder durch soziale und ökologische Forderungen zu verdrängen, zeichnete die Verhandlungslinie unseres Gegenübers in allen Bereichen aus.

„... als würden Planeten aufeinanderprallen“

Alleine der Gebrauch von Wörtern wie „Schwule“, „Lesben“, „Abschiebestopp“, „Droge“ und vieles mehr führte zu dem Eindruck, hier würden unterschiedliche Planeten aufeinanderprallen.

Unter diesen Voraussetzungen ist das Ergebnis zu betrachten. Formulierungen sind sehr vage, interpretierbar und halten Fragen offen. Ich hätte mir mehr Konkretion gewünscht, damit Konfliktmöglichkeiten für die nächsten fünf Jahre möglichst gering ausfallen. Dies war aber mit dieser SPD nicht möglich. Das heißt, es werden einige Dissense in die Koalition getragen und vom Koalitionsausschuß gelöst werden müssen. Auch die Haushaltsverhandlungen werden jedes Mal eine Art Koalitionsverhandlungen werden. Die Alternative Schwarz-Rot ist nicht das Maß, an dem man unser Ergebnis messen sollte, aber auch jenseits davon halte ich das erzielte Ergebnis für das bestmögliche und für tragbar, ohne die grüne Identität aufgeben zu müssen.

Ganz klar ist aber auch, daß wir uns in wichtigen Fragen nicht durchgesetzt haben. Dazu gehört der völlig unzureichende Einstieg in die Ökoabgaben genauso wie die Niederlage bezüglich der ICE-Strecke durch die Wahner Heide. Bei letzterem konnten wir lediglich eine Prüfung der Kosten bewirken und die Vereinbarung, daß der Landeshaushalt nicht über die bisher zugesagten Zuschüsse hinaus belastet werden darf.

Problematisch ist auch die Anzahl neuer LehrerInnenstellen. Für das Schuljahr 95/96 konnten wir eine Aufstockung um 1000 erreichen, für das folgende Schuljahr lediglich eine Zusage über 500 Stellen erreichen. Darüber hinaus gibt es noch einige, regional bedeutende Niederlagen.

Im Vertragstext heißt es, diese Koalition ist „ein politischer Einschnitt in der Geschichte des Landes Nordrhein-

Westfalens“. Dazu einige Beispiele von Erfolgen und Punkten, bei denen wir uns nicht durchsetzen konnten.

Wir haben uns auf ein Ökoinvestitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ mit einem Finanzierungsvolumen von mindestens 13,1 Mrd. für die kommende Legislaturperiode verständigt. Im Grunde ein erster Schritt zum ökologischen Umbau, der Verbindung von Arbeit und Ökologie. Darunter fallen Einzelmaßnahmen wie Umweltschutzprojekte, Sozialer Wohnungsbau unter Energiespar-Aspekten, Investitionen in den Ausbau des ÖPNV und andere Umweltinvestitionsmaßnahmen.

Wir werden eine grundlegende Neuorientierung der Energiepolitik mit einer stärkeren Förderung des Energiesparens, rationaler Energiesysteme und der regenerativen Energiequellen einleiten. Konkrete Maßnahmen in diesem Bereich sind Niedrigenergiehäuser, Konsequenzen für die staatliche Energieaufsicht und eine „Brancheninitiative Zukunftsenergien“. Die Atomenergie hat in NRW keine Zukunft mehr und das soll auch auf Bundesebene erreicht werden.

Es werden in NRW keine neuen Müllverbrennungsanlagen mehr geplant und gebaut. Wenn der Bundesgesetzgeber seiner Pflicht nicht nachkommt und es kein Bundesbodenschutzgesetz geben wird, will NRW ein Landesgesetz einführen. Das gleiche gilt für das Verbandsklagerecht der Verbände.

zeitarbeitslose besonders herausstellen. Eine Bundesratsinitiative für eine solidarische Arbeitsplatzfinanzierung soll zusätzliche Lehrstellen schaffen, im Falle des Scheiterns werden Maßnahmen in NRW ergriffen. Außerdem ist die Einführung einer Armutsberichterstattung zu nennen. In der Altenpolitik soll die Landesförderung auf Wohn- und Pflegeformen konzentriert werden, die vor allem im eigenen häuslichen Bereich selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Es soll eine der Realität entsprechende Neubewertung weicher Drogen vorgenommen werden. Die gesamte Landespolitik wird stärker auf die Integration von Menschen mit Behinderungen ausgerichtet.

Frauenpolitik kann in einer bisher in NRW nicht gekannten Dimension auf Fortschritte setzen. Besonders wichtig ist uns dabei die vereinbarte durchgängige Förderung der Frauen in der Wirtschaftspolitik. Für den öffentlichen Dienst wird es ein einheitliches Landesgleichstellungsgesetz geben. Ebenfalls ist ein Maßnahmenpaket gegen Gewalt an Frauen und Mädchen vereinbart.

In der Innenpolitik sind uns Fortschritte beim Datenschutz, die Verabschiedung eines neuen Verfassungsschutzgesetzes und die Verpflichtung zur Antidiskriminierungspolitik bei Schwulen und Lesben besonders wichtig. In der Rechtspolitik haben wir den Wiedereinstieg in eine liberale Strafrechts- und Strafvollzugspolitik erreicht. Dazu ge-



strengere Kriterien bei der Verhängung und Dauer der Abschiebehafte. Die Anzahl der Abschiebehafteplätze wird reduziert.

In der bisherigen Ausländerpolitik haben wir eine Weichenstellung hin zu einer emanzipatorischen Migrationspolitik unter Beteiligung von hier lebenden MigrantInnen durchgesetzt. Auf Landesebene wird ein Migrationsreferat, ein Landeszentrum für Migrationsforschung sowie ein interministerieller Beirat für Migrationsfragen eingerichtet.

Gute Verständigung gab es darüber hinaus in der Bildungs-, Landwirtschafts-, Wohnungs- und Medienpolitik.

Einstieg in Reformpolitik, nicht mehr

Einige Bemerkungen zu Garzweiler II, dem schwierigsten Punkt in den Koalitionsverhandlungen. Es ist ein Kompromiß erreicht worden, der für die Legislaturperiode tragfähig erscheint. Dieser Kompromiß basiert einerseits auf der Gültigkeit des Genehmigungserlasses zum Braunkohleplan. Andererseits haben wir Gestaltungsspielräume geschaffen — das vielzitierte „Zeitfenster“ —, die uns hoffen lassen und eine Veränderung ermöglichen.

Das bezieht auch die Option einer Aufgabe des Projekts mit ein. Anhand der im Erlass genannten drei Kriterien Energiebedarf, Naturhaushalt und Sozialverträglichkeit wird der Tagebau überprüft werden. Darüber hinaus wurde vereinbart, daß eine Entscheidung zum Rahmenbetriebsplan erst nach den Urteilen über die Klagen der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und der Kommunen getroffen werden kann. Danach wird die Landesregierung prüfen, ob die Rechtsgrundlagen für die Braunkohleplanung in NRW zu ändern sind und ob sich daraus Konsequenzen für die erteilte Genehmigung ergeben. Von der Rheinbraun AG wird erwartet, daß überhaupt nur eine Teilgenehmigung auf den Teil der Fläche bis zur A61 beantragt wird, also nur für ein Drittel des Projekts. Außerdem muß der genehmigte Rahmenbetriebsplan erst einmal seine Rechtskraft erlangen. Vorher findet keine Umsiedlung statt. Es ist davon auszugehen, daß dieser Prozeß einige Jahre dauern wird.

Mit diesem Papier ist ein Einstieg in eine Reformpolitik gefunden, nicht mehr und nicht weniger.

Was diese Koalition an wirklicher Veränderung bringen wird, hängt aber nicht nur von der Vereinbarung, sondern auch von inner- und außerparlamentarischer Kontrolle ab, die fünf Jahre darauf bestehen muß, daß Absichten und Versprechungen Praxis und Realität werden.

Barbara Steffens ist Vorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen NRW. Sie war Mitglied der Verhandlungskommission SPD/Grüne.



Bild aus: „Schrägstrich“, Zeitschrift für bündnisgrüne Politik

In der Verkehrspolitik haben wir vereinbart, daß der Vorrang des ÖPNV in NRW sichergestellt werden soll. Von Stilllegung bedrohte Güterverkehrsstrecken werden durch ein Landesprogramm dauerhaft gesichert. Modelle des autofreien Wohnens werden unterstützt. Darüber hinaus ist ein umfangreiches Fahrradförderprogramm verabredet. Die weitere Planung und der Bau von Landesstraßen wird drastisch reduziert.

Im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik möchte ich die Einführung der „Sozialen Betriebe“ für Lang-

hört der flächendeckende Täter-Opfer-Ausgleich als Alternative zur Haftstrafe, die Stärkung des offenen Vollzugs und ein Bündel von Maßnahmen zur Vermeidung von Straftat.

Auch bei der Gestaltung der Asylpolitik gibt es wichtige Änderungen. Eine Härtefallkommission für ausländerrechtliche Einzelfälle wird eingerichtet. Für allein reisende Flüchtlingskinder, die über vier Jahre in der Bundesrepublik leben, wird es eine Aufenthaltsgenehmigung geben. Die Koalitionspartner setzen sich für eine Altfallregelung für Asylsuchende ein. Es gibt

Autonome Antifa (M)**Das Konstrukt der „kriminellen Vereinigung“ ist endgültig zusammengebrochen**

Das Oberlandesgericht (OLG) Celle hat die Anklage der Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle gegen 17 Personen wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129) namens Autonome Antifa (M) nicht zur Hauptverhandlung zugelassen. Ein entsprechender Entscheid wurde heute den AnwältInnen zugesandt. Desweiteren wurde die Anklage wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ (§ 129a Abs. 3) wegen des „Weiterstadtplakates“ fallengelassen. Laut OLG signalisiere das Plakat vielmehr, „die ‚Klassenjustiz‘ müsse

durch ein breites antifaschistisches Aktionsbündnis bekämpft und besiegt werden“. Dies sei nicht als Werbung für die RAF zu verstehen.

Die beiden Paragraphen 129 und 129a haben eine vierjährige gigantische Observationstätigkeit durch das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen ermöglicht. 13929 Telefonate wurden abgehört, AntifaschistInnen rund um die Uhr observiert und vor einem Jahr 30 Wohnungen und Einrichtungen durchsucht. Bis Anfang 1994 war die Autonome Antifa (M) noch als eigenständige „terroristische

Vereinigung“ und anschließend als „kriminelle Vereinigung“ verfolgt worden.

Es hat sich gezeigt, daß eine Kriminalisierung und Isolierung der Autonomen Antifa (M) politisch nicht durchsetzbar ist. Dieser politische Sieg über den Staatsschutz ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis der jahrelang betriebenen antifaschistischen Bündnispolitik. In der breiten Solidarität hat sich diese Bündnispolitik bestätigt.

115 Aktenordner und vier Jahre Ermittlungsarbeit eines Mobilen Ein-

satzkommandos der GSA Celle, einer Sonderkommission des LKA unter Einbeziehung der Bundesanwaltschaft sollen nun Grundlage sein, um wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz autonome AntifaschistInnen vor das Amtsgericht (!) Göttingen zu zerren.

Abschaffung der Paragraphen 129 und 129a! Einstellung der Verfahren vor dem Amtsgericht!

(Presseerklärung der Autonomen Antifa (M), Göttingen, 27. Juni 1995)

Die vier Verhafteten sitzen ausnahmslos wegen angeblicher Herausgabe der *radikal* im Knast. Die *radikal* ist eine der letzten Zeitschriften der autonomen Szene, die regelmäßig Erklärungen und Diskussionen des militanten Widerstandes dokumentiert. Die Zeitschrift wurde im Laufe ihre Geschichte mehrfach von massiver Kriminalisierung betroffen.

Begründet wurde die gesamte Aktion mit der Suche nach Mitgliedern der „AIZ“ („Antiimperialistische Zellen“), der Gruppe „K.O.M.I.T.E.E.“ und den Herausgebern der Zeitschrift *radikal*. In der Öffentlichkeit wurde zunächst der unmittelbare Zusammenhang der Ermittlungen und Festnahmen im Zusammenhang mit den Anschlägen der AIZ und der vermeintlichen Anschlagplanung auf den geplanten Abschiebeknast durch das K.O.M.I.T.E.E. verkauft.

Diese Vorwürfe erwiesen sich allerdings als haltlos und wurden z. T. schon am selben Abend durch Innenminister Kanther wieder relativiert. Kanther erklärte die Aktion als „zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene“.

Bei dieser Staatsschutzaktion sind zwei Faktoren besonders zu betrachten, die auch weiterreichende Folgen für die Verhafteten haben könnten. Gegen sie wurde nicht der Vorwurf nach § 129a („Bildung bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“), sondern dessen Pendant, der § 129 („Bildung einer kriminellen Vereinigung“) als Tatvorwurf und Ermittlungssparagraf herangezogen. Des weiteren ist die Tatsache, daß gegen drei verschiedene Gruppen gleichzeitig vorgegangen wurde, höchst bedenklich und bedarf größter Aufmerksamkeit.

Der Vorwurf gegen die vier Verhafteten lautet auf Verstoß gegen § 129, also auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung“. Begründet wird dieser Vorwurf mit einem angeblichen Treffen der Verhafteten, das konspirativen Charakter haben soll. Das beweist in der Logik des Staatsschutzes die Tätigkeit als „Kriminelle Vereinigung“. Um den § 129a anzuwenden, hätte es des Nachweises einer „terroristischen Vereinigung“ mit den entsprechenden Katalogstraftaten (Mord, Menschenraub, Flugzeugentführung, Brandanschläge etc.) bedurft. Dies ist bei den vermeintlichen Herausgebern einer Zeitung schwer nachzuweisen. Zeitschriften sind zumindestens bislang lediglich wegen Unterstützung von „terroristischen Vereinigungen“ kriminalisiert worden. Für den § 129 ist dieser Vorwurf nicht notwendig. Hier ist bereits das „Begehen von Straftaten mit einigem Gewicht“ genügend. Das vermeintlich konspirative Verhalten hat in der Staatsschutzlogik insofern Straf- und Verfolgungsrelevanz, weil sich Personen zusammengeschlossen haben sollen, um kriminel-

Staatsschutz contra undogmatische Linke**Zu möglichen Hintergründen und Absichten der bundesweiten Durchsuchungen am 13. 6.**

Am 13. Juni wurden bei einer bundesweiten Aktion der Bundesanwaltschaft (BAW) in mehreren Städten 80 Wohnungen durchsucht. Bei dieser Aktion handelte es sich um eine der umfangreichsten Staatsschutzaktionen gegen die undogmatische Linke in den letzten Jahren. Vermummte SEKler drangen mit gezogenen Waffen oder wie in Köln mit Blendschock-Granaten in Wohnungen und Geschäftsräume ein. In zahlreichen privaten und politischen Räumen wie Infoläden, Notrufen, Antifa-Cafés wurden politische Schriften, persönliche Unterlagen, Computer beschlagnahmt. In fast allen Orten wurden zahlreiche Leute vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. 4 Personen aus Berlin, NRW und Schleswig-Holstein wurden verhaftet und anschließend nach Karlsruhe gebracht, wo sie verhört und gemäß dem 24-Punkte-Statut gegen Christian Klar auf verschiedene Knäste verteilt wurden. Inzwischen ist die Umverlegung zumindest von drei der Gefangenen nach Berlin, Münster und Lübeck beschlossen.

le Handlungen zu begehen. Dies scheint eine neue Linie des Staatsschutzes zu sein, um auf niedrigerem Niveau kriminalisieren zu können.

Auch das Göttinger Staatsschutzverfahren gegen autonome Antifaschisten wurde mit der Begründung „Verstoß gegen § 129 StGB“ geführt. Eine Kriminalisierung als kriminelle Vereinigung schien auch hier einfacher herzuleiten als das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung.

Bislang sind zwar bei allen Gelegen-



heiten Staatsschutzaktion und bundesweite Durchsuchungen gegen linksradikale Strukturen vorgenommen worden. Dennoch ist es diesmal das erste Mal, daß nicht gegen eine spezifische Gruppierung oder wegen eines spezifischen Tatverdachts vorgegangen wurde, sondern gegen eine politische Szene. Insofern kann diese konzertierte Aktion als Vorbereitung des Staatsschutzes verstanden werden, um damit einen weitergehenden Kriminalisierungsschub vorzubereiten.

Und in der Tat ist festzustellen, daß seit dem Verzicht der RAF auf weitere Aktionen der Staatsschutz um ein gängiges Kriminalisierungsmittel gebracht wurde. Bis dato wurde das linksradikale Spektrum in der Regel mit irgendeinem Vorwurf der RAF-Unterstützung kriminalisiert. Weil die RAF dem Staatsschutz als Kriminalisierungsprodukt nicht mehr zur Verfügung steht, wird daran gearbeitet, ein neues zu konstruieren.

Zwar ist der Versuch, z. B. die autonomen Antifaschisten in Göttingen zu kriminalisieren, dabei zu scheitern. Ein erfolgreiches Verfahren in Göttingen würde zweifellos der weiterreichenden Kriminalisierung von autonomer und antifaschistischer Politik Tür und Tor geöffnet haben. Da diese Option nun aber nach der Ablehnung der Anklageschrift durch das Gericht zusammenbricht, scheint der Staatsschutz ein weiteres Konstrukt aufbauen zu wollen.

Wenn diese Durchsuchungen und Verhaftungen der erste Schritt sind, läßt sich dieses Konstrukt etwa so aufzeichnen. Die gesamte linksradikale und autonome Szene wird als homogenes Subjekt behandelt. Daher auch die Vermischung der verschiedenen Vorwürfe zu einem ganzen. Mit dem Nimbus „wegen militanter Aktionen“ verhaftet zu sein, fällt kaum auf, daß sich der Vorwurf gegen die in Iso-Haft sitzenden lediglich auf die Herausgabe einer Zeitung bezieht und nicht mehr. Das Staatsschutzkonstrukt könnte sich auf eine Art „Gesamtszene“ mit einer Arbeitsteilung beziehen. Die Kommando-Ebene wären dann so etwas wie die AIZ oder das K.O.M.I.T.E.E. und für die Anschläge zuständig, und was bei der RAF als legaler Arm kriminalisiert wurde, könnten jetzt die Herausgabe einer Zeitung wie der *radikal* oder vielleicht Infostrukturen sein. Ziel wird es sein, ein derartiges Konstrukt auch noch juristisch über eine Verurteilung abzusichern. Damit bräuchte der Staatsschutz dieses Konstrukt in späteren Fällen nicht mehr im Einzelfall nachweisen, weil dieses Konstrukt „gerichtsbe-kannt“ wäre. Dies wiederum ist das ultimative Einfallstor, mit dem die Kriminalisierung jederzeit auf alle Basisprojekte des autonomen Spektrums übertragbar wäre. Insofern haben die Durchsuchungen und die Verhaftungen einen sehr viel weitreichenderen Radius, als zunächst vermutet wird, und beziehen sich nicht allein auf die konkreten Gruppen der Strukturen wie die AIZ, das K.O.M.I.T.E.E. oder die *radikal*.

— Von H. L. Der Autor ist Mitglied der Roten Hilfe Berlin. Er versteht seinen Beitrag als einen Diskussionsbeitrag zu Hintergründen und möglichen Absichten der gegenwärtigen Repressionswelle.

Euro-Regio : Neue Offensive Richtung Osten ?

Ein paar Hintergründe am Beispiel der deutsch-tschechischen „Euroregio Egrensis“

Ende 1993 wurde die Euroregion „Viadrina“ (Frankfurt/Oder-Gorzow/Zielona Gora) gegründet. Zuvor schon waren die Euroregionen Neiße und Spree-Neiße-Bober ins Leben gerufen worden; die „europäische Region“ Pomerania befindet sich in der Gründungsphase. Weiter südlich an der Grenze der ehemaligen DDR zu Tschechien hat sich 1992 die Euroregio Egrensis im Vogtland (Sachsen, Bayern, Böhmen) gebildet. Aber auch zu den westlichen Ländern gab es schon zuvor Gründungen: am Oberrhein, im niederländisch-belgisch-deutschen Grenzdreieck, um Münster-Enschede herum etc. Die Initiativen gingen in aller Regel von deutscher Seite aus.

Was wird damit beabsichtigt? Wenn überall solche Projekte aus dem Boden schießen, muß untersucht werden, welche Zwecke insbesondere die deutschen Interessen damit verfolgen.

Die Grenzregionen auch der ehemaligen DDR waren wenig entwickelte Gebiete, die starke Strukturdefizite aufwiesen, die sich verstärkten, als das westdeutsche Kapital den Osten überrollte. Um nicht auf zu viele Details zurückzugreifen, soll dies kurz an der Euroregion Egrensis dargestellt werden. In einem 1994 vorgestellten Entwicklungskonzept für die Region werden von wissenschaftlicher Seite Daten über die Bevölkerungsstruktur, den Arbeitsmarkt, Landwirtschaft und Ökologie, Tourismus und andere Eckpunkte der sozialen/kulturellen Arbeit vorgestellt. Der deutsche Sektor dieser Region ist — nach dem Einmarsch der Treuhand — von relativ starker Arbeitslosigkeit geprägt, womit zugleich ein gravierender Unterschied gekennzeichnet ist: Cheb/Eger und Karlovy Vary/Karlsbad haben marginale Arbeitslosenzahlen (etwa 1 bis 3%), während die ehemaligen „Zonenrandgebiete“ Hof, Weiden (knapp 10%) und noch mehr die sächsischen Städte Plauen, Oelsnitz (bis 30%) starke Quoten aufweisen. Auch die Frauenarbeitslosigkeit ist im deutschen Bereich erheblich höher (bis zu 60%). Die im Verhältnis

schnelle Mark ihre Gartenzweige (das ist kein Witz!) und Alkoholika einzukaufen, billig zu tanken und Frauen sexuell auszubeuten. Die damit verbundene regionale Ungleichentwicklung innerhalb der tschechischen Westgebiete, gegen die die Regierung in Prag oder die Stadt Cheb zunächst keine Mittel in der Hand haben, ist eine Folge dieser Öffnung nach Westen. Was wäre für die Regierung die Alternative, nachdem sie sich vor knapp zwei Jahren von der Slowakei abgekoppelt hat und den Anschluß an die EU sucht?

Alle drei Teile der Region konkurrieren mittlerweile auch im Tourismus

mit deutlichen deutschen Vorteilen — an der Basis, wie auch auf EU-Ebene — der Vormarsch versucht. Zwar heißt es in der Präambel der Euroregion Egrensis, daß „Basis für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit das Kennenlernen und Verständnis der Menschen untereinander (ist)“, aber real regiert die Macht des Kapitals. Dieses kommt — in Form sogen. „INTERREG“-Programme — mit starken Zuschüssen aus Brüssel.

Wer aber wie Tschechien kein Mitglied in Brüssel bei der EU ist, hat dort auch nicht viel zu sagen! Und wenn die Vizepräsidentin des Europäischen Par-

mal was vom Tisch der Herren abkriegt, dann sind das — zwar dringend notwendige — Subventionen zur Erhaltung kultureller Einrichtungen, die müssen aber zugleich noch an deutsche Unternehmen in Auftrag gegeben werden. So empfiehlt denn auch der ziemlich großspurig auftretende Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, Jens Gabbe, den noch außerhalb der EU stehenden Ländern, doch gleich Subkontrakte mit deutschen Firmen zu schließen.

Einstweilen befindet man sich noch auf dem Boden der Wirklichkeit: es fehlen die Straßen- und Schienenverbindungen, so daß der LKW-Transitverkehr stundenlang auf die Abfertigung warten muß; es fehlen auf der tschechischen Seite auch die erforderlichen Regionalstrukturen, um die Verbindung zwischen Prag und den böhmischen Städten zu verbessern. Aber auch nach Hof und Plauen kommt man vom Westen aus einstweilen nur mit dem Dieselzug...

Wie geht die „andere Seite“ mit diesen Vorhaben von deutscher Seite um? Man ist höflich und will sich die Eintrittskarte nicht verschmerzen. „Man wird sich vielleicht nicht lieben, aber wir können zusammenarbeiten“, wird der Bürgermeister von Cheb, Otakar Mika, zitiert; er ist stellvertretender Vorsitzender der Egrensis. Deutlicher wird der Positionsbezug schon von polnischer Seite. Bei der Gründung der „Viadrina“ hieß es: „Es ist die erste Euroregion, deren Sitz sich auf polnischer Seite befindet. Die Deutschen hatten dagegen gewisse Vorbehalte, aber wir konnten sie überreden, daß es sich lohnt, mit der schlechten Tradition zu brechen, den Sitz immer nur auf der Seite der Europäischen Union anzusiedeln.“ (A. Kotula, Beauftragter des Stadtpräsidenten von Stettin für die Pomerania)

Allerdings bleibt es mühselig: in der Region Viadrina waren 200 Projekte zur Förderung ausgearbeitet worden; schließlich konnten nur 6 davon ausgewählt werden. Ob alle diese allerdings den Zuschlag aus Brüssel erhalten, ist noch offen. So sind solche Regioverbindungen eher politische statt praktische Projekte.

Die Propaganda kommt zumeist von deutscher Seite

Peter Seisser ist Landrat des Landkreises Wunsiedel (durch die Leiche des Hitlerstellvertreters Hess bekanntgeworden). Er schafft es noch 1992, in der Beschreibung der Vorzüge der dortigen Region gerade mal einen Satz auf die Zeit 1933 bis 1945 zu (versch)wenden. „Die bayrischen Bezirksamter wurden in ihrer Bezeichnung 1938 den preussischen angegliedert und heißen seitdem Landratsämter bzw. Landkreise“, steht dort.

Verbunden mit der propagandistischen Offensive der Monopolzeitung *Frankenpost* (Standort Hof, 105 000 Auflage mit 16 Lokalausgaben, darunter auch eine in tschechischer Sprache), die in der Sudetenfrage eher den reaktionären deutschen Part vertritt, läßt solche Auslassung über die für viele TschechInnen noch sichtbaren geschichtlichen Ereignisse nichts Gutes ahnen! Da schaffen ein deutsches Alternativ-Radio (*Extra-Radio* in Hof) und ein *Radio Egrensis* in Cheb wenig Gegengewicht, zumal beide die Sprachgrenzen nicht überwinden. — (cm)



Billige Lohnarbeit lockt jenseits der Grenze

wesentlich billigere Lohnproduktion im tschechischen Grenzgebiet, in die z.T. die Textil- und Porzellanindustrie abgewandert ist (wenn sie nicht gleich in den Trikont ging), ist ein Grund für diese regionale Differenz. Zugleich kommen SaisonarbeiterInnen von jenseits der Grenze, u.a. in die Gastronomie und ins Baugewerbe. Was allerdings die westliche Seite neben höheren Löhnen zu bieten hat, sind — neben der Dominanz als europäischer Zentralmacht mit Drang nach Osten — auch die ausgebaute Infrastruktur, die besseren ökologischen Voraussetzungen und die finanzielle Rückendeckung durch — letztlich — auch die EU, verbunden mit der solideren kapitalistischen Grundstruktur und dem Angebot einer sogen. Alternative zum ehemaligen Comecon. Und diese Faktoren sind entscheidend für die weitere Entwicklung.

Tschechien ist an seiner westlichen Grenze nicht nur billig, sondern damit auch anziehend für — z.T. von VietnamesInnen betriebenen — Schwarzmarkt und Prostitution durch Frauen aus Osteuropa. Viele Deutsche haben — nachdem einige neue Grenzübergänge speziell für den Einkauf geöffnet worden sind — die Möglichkeit, für eine

miteinander; wer die größten Investitionen tätigen kann, ist einen Schritt voraus. Marienbad, Karlsbad und Franzensbad sind zwar historische Badeorte im Westen Tschechiens, in ihrer Infrastruktur können sie aber den Vergleich mit Bad Alexandersbad, Bad Elster oder Sibyllenbad nicht aufnehmen. Hier ist jedoch auch noch zu berücksichtigen, daß das bayrische Vogtland sich gegenüber dem sächsischen Vogtland im Vorteil befindet. Als im Juni 1995 in Bad Elster (in Sachsen) das Klinikum „Sachsenhof“ um 60 Mio. DM „erweitert“ wurde, stellte sich heraus, daß dieses Geld von der „Sanitas GmbH“ aus München gesteuert wurde.

Aus diesen kurz skizzierten Eckdaten der Region wird deutlich, daß für die Zukunft die sogen. Standortvorteile entscheidend sein werden, hier wird

laments, Ursula Schleicher, kürzlich erklärte, „wirtschaftliche Kooperation zieht politische Gemeinsamkeiten automatisch nach sich“, so ist darin zwar nur eine Willenserklärung enthalten, sie gibt allerdings die Richtung an: nicht mit der militärischen Okkupation, sondern mit der ökonomischen Macht geht es voran.

Die historischen Vorbehalte der TschechInnen gegenüber der Sudetenfrage werden auf diese Art „erledigt“ werden: tretet der EU bei, dann können wir euch vollkommen über den Tisch ziehen, ihr habt keine Alternative dazu! Die TschechInnen sollen deutsch lernen (wenn sie es nicht schon früher begriffen hatten ...); während auf deutscher Seite nur selten tschechisch (in Schulen und Volkshochschulen) angeboten wird. Wenn die tschechische Seite dann

Bricht die Isolation Kubas demnächst auf?

US-amerikanische Haltung zu Kuba gespalten / Hoffnung auf spanische EU-Präsidentschaft

In den kommenden Monaten könnte sich für Kuba in seinen Beziehungen zu anderen Staaten allerhand verändern, und zwar in guter wie auch in schlechter Hinsicht. Und einmal mehr wird über diese Veränderungen nicht in Havanna entschieden werden, sondern in Washington — und vielleicht auch in Madrid.

Es sind drei Entwicklungen und Ereignisse, die eine Verschiebung der internationalen Position des sozialistischen Karibikstaats wahrscheinlich machen.

Da ist einmal die immer offensichtli-

banischen Behörden übergeben. Gleichzeitig verpflichten sie sich, fortan jährlich 20000 Einreisevisa an ausreisewillige KubanerInnen auszustellen.

Die bisherige Praxis US-amerikanischer Politik, die legale Einreise von kubanischen StaatsbürgerInnen zu verhindern und nur propagandistisch verwertbare Bootsflüchtlinge aufzunehmen, hat damit ein Ende.

Diese Maßnahmen kamen einigermassen überraschend, zumal noch wenige Wochen zuvor der bereits erwähnte Jesse Helms mit viel Getöse einen härteren Kurs gegen Kuba gefordert hatte. Das

Konsequenz, der die USA schnell in ein riskantes militärisches Abenteuer stürzen könnte.

Dies stellte natürlich einen Affront gegen die ultrareaktionären Kreise des kubanischen Exils in Florida dar, die bis jetzt maßgeblichen Einfluß auf die Kuba-Politik der USA nehmen konnten.

Mitte Juni schließlich wurde die Neuorientierung im Verhältnis zum ungeliebten Nachbarn öffentlich gemacht. Der Sprecher des Weißen Hauses, Michael McCurry erklärte vor europäischen JournalistInnen, daß die Abmilderung der Wirtschaftssanktionen und die Vertiefung der bilateralen Kontakte der beste Weg seien, demokratische Reformen auf der Insel zu unterstützen. Angesichts der „positiven Nachrichten über politische und ökonomische Veränderungen in Kuba“ werde die US-Regierung als ersten Schritt die im August vergangenen Jahres verhängten Sanktionen aufheben. Damals wurden als Reaktion auf die von Kuba geduldete Massenflucht von über 25000 KubanerInnen Richtung USA unter anderem Geldüberweisungen von Exil-KubanerInnen an ihre Familienangehörigen unterbunden.

Vor allem wird an diesen Maßnahmen deutlich, daß der anticastristische Konsens in der politischen Klasse der USA, in den letzten 30 Jahren eine Konstante in der US-amerikanischen Außenpolitik, endgültig zerbrochen ist.

In diesem Zusammenhang muß auch der Vorstoß des republikanischen Rechtsaußen Jesse Helms betrachtet werden.

Der Senator und Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenhei-

Helms-Bill vom Kongreß angenommen werden, und dafür stehen die Chancen angesichts der republikanischen Mehrheit in beiden Kammern nicht schlecht hätte dies unabsehbare wirtschaftliche Folgen für Kuba.

Spanische Initiativen in der EU?

Die Europäische Union hat schon gegen diese Gesetzesvorlage protestiert, die sie als Verletzung der nationalen Souveränität betrachtet. Und hier kommt der dritte Aspekt ins Spiel, der Kubas Stellung im internationalen Kontext in den nächsten Monaten betreffen wird. Bis zum Ende des Jahres hat Spanien turnusgemäß die Präsidentschaft der EU inne. Die spanische Regierung hat schon angekündigt, daß sie in den Außenbeziehungen der Union vor allem in traditionellen Feldern der spanischen Außenpolitik neue Akzente setzen möchte. Dazu gehört, neben dem Nahen Osten und Afrika, auch Lateinamerika.

Hier wiederum nimmt das Verhältnis zu Kuba einen besonderen Stellenwert ein. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind aufgrund des gemeinsamen historischen und kulturellen Erbes immer relativ eng gewesen. So ist zu erwarten, daß Spanien eine weitere Öffnung der EU gegenüber Kuba forcieren wird, natürlich nicht ohne im Gegenzug von der kubanischen Regierung Konzessionen im politischen und ökonomischen Bereich einzufordern.

Daß Kuba bereit ist, diese Vermittlerrolle Spaniens zu akzeptieren, sah man nicht zuletzt an dem Treffen von Außenminister Roberto Robaina mit Vertre-



cher werdende Absicht der Clinton-Regierung, das Verhältnis zu dem verhassten Nachbarn zu normalisieren.

Auf der anderen Seite gibt es den republikanischen Senator Jesse Helms, der noch diesen Sommer eine Verschärfung der Blockade durchsetzen will, die Kuba endgültig die Luft abstellen soll.

Und als drittes Ereignis mit Fernwirkung in die Karibik ist die spanische EU-Präsidentschaft zu werten, die am ersten Juli begann. Allgemein wird erwartet, daß Spanien diese Position nutzen wird, um die Beziehungen zwischen der europäischen Staatengemeinschaft und seiner ehemaligen Kolonie zu verbessern.

Doch der Reihe nach: Die Unterzeichnung des Migrations-Abkommens zwischen der US-amerikanischen und der kubanischen Regierung im Mai dieses Jahres markierte einen Wechsel in der Kuba-Politik der Vereinigten Staaten. Zum ersten Mal seit dem Triumph der Revolution vor 36 Jahren bestimmen die üblichen Umgangsformen souveräner Staaten und nicht die Logik des Kalten Krieges die Migrationsbeziehungen zwischen den USA und Kuba.

Wende in der US-Politik gegenüber Bootsflüchtlingen

Im einzelnen sieht das Abkommen folgende Punkte vor: Allen rund 21000 kubanischen Flüchtlingen, die seit August letzten Jahres auf dem US-amerikanischen Marinestützpunkt Guantanamo interniert sind, wird die Einreise in die USA ermöglicht. Künftig werden die USA alle illegal Ausreisenden den ku-

Abkommen war Ergebnis von Geheimverhandlungen, die über zwei Monate hinweg in New York und Montreal geführt wurden. Clintons Regierung beilegte sich, der exilkubanischen Gemeinde in Florida, aber auch empörten KritikerInnen in der eigenen Partei zu versichern, daß die Übereinkunft keine Neubewertung der Beziehungen zu Kuba bedeute.

Wenige Wochen später wurde jedoch deutlich, daß es sich bei diesem Abkommen nicht um eine pragmatische Einzelmaßnahme, sondern um den Beginn einer neuen Kuba-Politik der Clinton-Administration handelte. Ein im Pentagon erstelltes Dossier zur Kuba-Politik lieferte den ideologischen Background für das neue Denken in Washington. In diesem Papier, das bereits im März, also vor Unterzeichnung des Abkommens, vorlag, jedoch erst im Juni an die Öffentlichkeit kam, werden verschiedene Szenarien zur künftigen Entwicklung des sozialistischen Inselstaates untersucht.

Als wahrscheinlichste Perspektive wird eine Konsolidierung des sozialistischen Systems bei fortgesetzter Notwendigkeit von wirtschaftlichen und politischen Reformen genannt. Vor diesem Hintergrund kommen die VerfasserInnen zu dem Ergebnis, daß eine vorsichtige Unterstützung des Reformkurses der kubanischen Regierung für die USA günstigste Option sei.

Als schlechteste aller Möglichkeiten wird interessanterweise die Übernahme der Macht in Kuba durch die kubanischen Exil-Organisationen dargestellt. Dem Pentagon-Dossier zufolge wäre ein Bürgerkrieg die wahrscheinlichste



ten will eine Gesetzesvorlage in den Kongreß einbringen, die die Blockade gegen Kuba entscheidend verschärfen soll. So sollen künftig alle Staaten mit Sanktionen zu rechnen haben, die weiterhin mit dem sozialistischen Kuba Handel betreiben.

Offensichtlich ist diese Initiative vor allem auf Staaten wie Rußland oder lateinamerikanische Länder abgerichtet. Denn während sich etwa die Länder der EU oder Kanada kaum diesem Druck aus Washington beugen würden, sind diese Länder auf Unterstützung aus den USA angewiesen. Sollte die sogenannte

terInnen des gemäßigten Exils, daß unter spanischer Vermittlung letztes Jahr in Madrid zustande kam.

Außerdem ist Spanien einer der bedeutendsten Handelspartner Kubas, sowohl was Exporte als auch die Beteiligung an Joint-Ventures in Kuba angeht.

Die nächsten Monate werden also spannend werden, zumal eine Verminderung des internationalen Drucks die wirtschaftliche Konsolidierung in Kuba, die seit Anfang des Jahres zu beobachten ist, entscheidend vorantreiben würde. — (anr)

Ist die Übergangsperiode Rußlands beendet?

Nach Budjonnowsk sind Veränderungen in Rußland unausweichlich

Von Achim Wahl

Budjonnowsk löst schwelende innenpolitische Krise aus

Als am 19. Juni die tschetschenischen Geiselnnehmer, denen Ministerpräsident Tschernomyrdin nach zähen Verhandlungen freies Geleit garantierte, nach 124 dramatischen Stunden das Krankenhaus in Budjonnowsk mit 139 Gefangenen in Autobussen in Richtung tschetschenischer Grenze verließen, waren den unzähligen Opfern des Krieges der Großrussen in Tschetschenien weitere 120 hinzugefügt worden. Unsägliches Leid verbreitend, führten beide Seiten seit Ausbruch des Krieges im Dezember 1994 einen erbitterten Kampf ums politische Überleben, bis schließlich durch die terroristische Aktion des tschetschenischen Kommandos unter Führung des 40-jährigen Shamil Bassajews, einem engen Vertrauten General Dudajews, der Krieg von Tschetschenien auf russisches Territorium getragen wurde. Und das zu einem Zeitpunkt, da die russischen Militärs den Sieg über Dudajew in der Tasche zu haben glaubten und sich in Halifax die Regierungschefs der westlichen Industrienationen mit Präsident Jelzin versammelten.

Nun hat es den Anschein, daß nach Budjonnowsk nichts mehr so ist wie vor diesen blutigen Ereignissen.

Das Ziel des tschetschenischen Todeskommandos, vom russischen Präsidenten und von der Regierung die Beendigung des Krieges in Tschetschenien und direkte Gespräche Jelzin-Dudajew zu erzwingen, wurde mit Gewalt gegen Gewalt erreicht. Nachdem offensichtlich wurde, daß die von Jelzin und seiner Clique veranlaßte völlig unsinnige und brutale Lösung des Geiseldramas gescheitert war, veranlaßte Ministerpräsident Tschernomyrdin die Armeeführung und die Kräfte des Innenministeriums, die Kämpfe in Tschetschenien einzustellen, und entsandte Beauftragte nach Grosny, um in Friedensverhandlungen mit Dudajew einzutreten. Jelzin, der noch lautstark in Halifax seine Entscheidung zur gewaltsamen Lösung im „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ gepriesen hatte, mußte klein beigeben und versichern, daß Tschernomyrdin richtig gehandelt habe.

Nun stellt diese Feststellung mehr dar als nur Anerkennung für den Ministerpräsidenten: Die durch die Ereignisse in Budjonnowsk ausgelöste innenpolitische Krise führte zu einer Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in Rußland. Drei der für das blutige Vorgehen der russischen Militäreinheiten in Budjonnowsk Verantwortlichen (die Minister für Inneres, Viktor Jerin, und für Nationalitätenfragen, Nikolai Jegorow, sowie Geheimdienstchef Sergei Stepaschin) mußten gehen. Gratschow bleibt Verteidigungsminister. Jelzin entließ einige seiner Falken, damit andere und er bleiben können. Das am 21.6. von der Duma mit 241 gegen 70 Stimmen der Regierung ausgesprochene Mißtrauen wurde zurückgezogen, da auch der Duma klar wurde, daß Tschernomyrdin einen Teilerfolg gegen die Kriegspartei errungen hatte. Russische Pressestimmen sprechen davon, daß Tschernomyrdin mit Jelzin und Gratschow gebrochen hat und seinen eigenen Weg ging. Damit ist der Krieg in Tschetschenien noch nicht beendet, aber es werden Verhandlungen geführt, und beide Seiten suchen gegenwärtig nach einer politischen Lösung.

Auf der Tagesordnung: Parlamentswahlen im Dezember

Nicht nur Budjonnowsk und der Tschetschenienkrieg sind Ausdruck der tiefen Krise, in der Rußland sich befindet. Bedrohliche Entwicklungen kündigten sich an, als das Ausmaß des Geiseldramas im Land bekannt wurde. Pogrome gegen Kaukasier mußten befürchtet werden. Budjonnowsk rückte das Land an den Rand der Unregierbarkeit. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich die Unfähigkeit der Gruppe um den Präsidenten und die Militärs, die Situation nüchtern und sachlich einzuschätzen. Dabei ist die Wirtschaftslage unverändert katastrophal. Kontroverse Kräfte kämpfen um Einfluß und Machtgewinn. Die Suche nach einem Ausweg aus der Krise ist verbunden mit der Entstehung neuer politischer Blöcke und Gruppen, die sich in Vorbereitung auf die Parlamentswahlen im Dezember 1995 formieren.



Bild: Maruan Bahrou

Anfang Mai wurde die Gründung der allrussischen Allianz „Unser Haus Rußland“ unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Tschernomyrdin vollzogen. Zusammengefunden haben sich in ihr Vertreter des politischen Establishments, Chefs regionaler Verwaltungen, Duma-Abgeordnete und Industrielle. Sie wollen einen starken Staat und die GUS in eine funktionierende Einheit verwandeln. Rußland sehen sie als Großmacht. Kommentare der russischen Presse sprechen davon, daß Tschernomyrdin beabsichtigt, alle rechtszentristischen Kräfte in seinem „Haus“ zu sammeln, und daß es in Gestalt der Allianz um einen national-patriotischen Zusammenschluß geht. (Sowjetskaja Rossiya, 13.5.95)

Schon einen Monat vorher hatte sich der III. „Kongreß der russischen Gemeinden“ zusammengefunden. Der russische Politiker Skokow, 1993 als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates abgesetzt, beabsichtigt, den „Kongreß“ „zum Zentrum einer breiten patriotischen Koalition und Bewegung“ zu machen, „die für die Festigung der russischen Staatlichkeit eintreten.“ Der „Kongreß“, der schon 1992 gegründet wurde, stellt sich als Hauptaufgabe, „die Verteidigung russischer Interessen im benachbarten Ausland“, Rußland kann nur widererhalten „durch die vereinte russische Gemeinschaft, die eigentlich die russische Bürgergesellschaft darstellt“ und deren Interessen dort verteidigt werden müssen, wo die

se eingeschränkt werden. (Daily, 11.4.95)

Dem „Kongreß“ hat sich General Lebed angeschlossen, bis vor kurzem noch Kommandeur der 14. Armee in der moldawischen Dnestr-Republik und von Jelzin abgelöst, weil er den Tschetschenien-Krieg Jelzins scharf kritisierte. Ansonsten erscheint der „Kongreß“ eine Zwillingsausgabe des Tschernomyrdinschen „Hauses“ zu sein.

Der Unterschied liegt, folgt man russischen Presseveröffentlichungen, lediglich in den unterschiedlichen Interessengruppen, die beide vertreten.

Die gegenwärtig dominierende Gruppe ist der Energie-Brennstoffkomplex, der äußerst stark an einer maximalen Öffnung der Wirtschaft nach außen interessiert ist, um ungehindert Rohstoffexporte durchführen zu können. Er profitiert gegenwärtig von dem Sinken der Industrieproduktion und verschafft sich im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung finanzielle Vorteile. Seine Vertreter sind Tschernomyrdin und Tschubai. Die Allianz „Unser Russi-

Anhängsel der Exekutive verwandeln läßt. Präsident Jelzin unternimmt große Anstrengungen, um das Prinzip, die Hälfte der Sitze in der Duma über Parteilisten zu vergeben, zu verändern. Die in der Duma vertretenen Parteien wehren sich gegen diese Bestrebungen und lehnen die Veränderung des Wahlmodus für die kommenden Dezember-Wahlen ab.

Rußland will Großmacht sein

Ausländische Kommentatoren wurden vom Beschluß der Duma überrascht, die 14. Armee im Trans-Dnestr-Gebiet zu belassen. Rußland will seine „friedensschaffende Rolle“ in dieser Region weiter wahrnehmen, wie das öffentliche russische Fernsehen kommentierte und gleichzeitig auf die nahenden Parlamentswahlen verwies.

Anfang 1994 hatte Präsident Jelzin Peking den Vorschlag einer „am 21. Jahrhundert orientierten konstruktiven Partnerschaft“ unterbreitet. In China wurde registriert, daß sich die russische Außenpolitik „von der westlichen Abhängigkeit“ löste und Moskau nach einem Interessengleichgewicht strebt, um seine Weltmachtstellung zu sichern. September 1994 wurde durch beide Präsidenten ein Kommuniqué unterzeichnet, das eine „konstruktive Partnerschaft neuen Typs“ postulierte.

Die Gaseta stellte Januar 1995 in einem Artikel „Die selbstherrlichen Pläne der Gasprom schrecken den Westen“ (Gasprom ist die größte Erdölgesellschaft Rußlands) fest, daß „sie bisher faktisch alle Vorschläge über eine gemeinsame Förderung von Erdöl in Rußland“ (gemeint sind solche westlicher Firmen) ablehnte. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn die Welt am 12.5.95 jammert, daß im „Ölpoker im Kaukasus“ die „USA und Rußland ... um Rechte“ kämpfen, d.h. „ein Machtkampf zwischen Moskau und Washington um Einflußsphären in dieser reichen, aber politisch labilen Region“ entbrannt ist.

Wie drückte sich der russische Außenminister Kosyrew auf der Sitzung der Trilateralen Kommission am 23.4.95 in Kopenhagen zum Problem der Partnerschaft Rußlands mit dem Westen aus? Das grundlegende konzeptionelle Problem der Partnerschaft bestehe darin, wie man die internationale Strategie nicht gegen Rußland, wie dies zu den Zeiten des „Kalten Krieges“ war, und nicht ohne Rußland, wie dies manchmal jetzt versucht werde, sondern zusammen mit Rußland aufbauen könne.

In Halifax gab es deshalb eine bestimmte Rollenverteilung: Tschetschenien wurde Jelzin zwar angelastet, aber die Kritik hielt sich in Grenzen. Und im übrigen wurde machtpolitisch verfahren: Ohne, und vielmehr noch gegen Rußland lassen sich politische Entwicklungen in der Welt nicht lösen. Die Unsicherheiten des Westens über das Schicksal der Reformen in Rußland oder die weitere Entwicklung in Rußland beruhen im engen Machtstreben der westlichen und NATO-Länder, die erkennen müssen, daß Rußland von seiner Weltmachtrolle nicht abgehen wird.

Die Gefahren, die sich daraus ergeben, zeigt Tschetschenien. Die Übergangszeit Rußlands scheint ihrem Ende entgegen zu gehen ...

Achim Wahl ist Mitglied der AG Friedens- und internationale Politik beim Bundesvorstand der PDS, Berlin

Ringen um den Samstag

In der Lohntarifrunde 1995 hat die IG Metall mit einem Streik in Bayern ihre Lohnforderungen und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden zum 1. 10. 95 durchsetzen können. Kompensationsforderungen der Metallarbeitgeber, z. B. nach Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, nach flexibleren Arbeitszeiten, Einstiegsgehältern usw. wurden abgelehnt.

Seither herrscht harsche Verbitterung in den Konzernnetzen, man sinnt nach Revanche und sucht sie vor allem in der Auseinandersetzung um die betriebliche Festsetzung von Arbeitszeiten.

Bundesweit, durch Gesamtmetall koordiniert, wird auf betrieblicher Ebene der Druck verstärkt, per Betriebsvereinbarung den Samstag als normalen Arbeitstag durchzusetzen und die Arbeitszeit insgesamt flexibler dem Arbeitsanfall anzupassen (saisonarbeitsähnliche Regelungen). Hundt, Gesamtmetall-Vizepräsident, bringt die vor allem von den großen Konzernen als Vorreiter geforderten Veränderungen so auf den Punkt: „Die Jahresarbeitszeit zusammen mit Samstagsarbeit wäre ein wünschenswertes Nahziel“. Die gleiche „Bescheidenheit“, mit der Hundt dabei die Abschaffung des arbeitsfreien Samstags zum lediglich noch durchzusetzen den „Nahziel“ herunterspielt, legt der VW-Konzern an den Tag, wenn er „größzügig“ erklärt: „Der Sonntag hat für uns aber keine Priorität“ (VW-Sprecher Wachs). 1995 haben sich die Konzernführer schon einmal bezüglich der Durchsetzbarkeit ihrer Kompensationsforderungen in den Belegschaften verspekuliert. Die Tatsache, daß in den vergangenen Tarifrunden jeder Angriff der Arbeitgeber auf den arbeitsfreien Samstag der gewerkschaftlichen Tarifbewegung wichtige Widerstandskräfte zugeführt hat, läßt erwarten, daß die Tarif-



Aktionstag der Belegschaft von Kugelfischer in Zella-Mehlis 1993 gegen Arbeitsplatzvernichtung.

Foto: af/mz

runde 1995 ihre Fortsetzung also in recht hartnäckigen Auseinandersetzungen um den arbeitsfreien Samstag in vielen Betrieben finden wird. Besondere Bereitschaft, fast jeden oder jeden zweiten Samstag zu arbeiten — bei gleichzeitiger Streichung der Mehrarbeitszuschläge — ist jedenfalls bei den Metallarbeitern nicht zu erkennen.

In Schweinfurt: Nach drastischem Personalabbau Wochenendarbeit?

Die Schweinfurter Metallkonzerne haben 1994 wieder kräftige Gewinne eingefahren. Die Aufträge sind in vielen Bereichen so angestiegen, daß sie mit dem drastisch abgespeckten Personalstand nicht gefertigt werden können.

FAG weist einen Gewinn über 50 Mio. DM aus, vor allem basierend auf einer Senkung des Anteils der Personalkosten um fast 10 Prozent. SKF verzeichnet 1994 nur einen leichten Gewinn von 3,5 Mio. DM, umso höher steckt man hier die künftigen Ziele. Augustsson (neuer SKF-Konzernchef) fordert: „Eine Dividende von einem Drittel des Nettogewinns, eine Eigenkapitalquote von 35 %, ein Cash Flow von 15 % und eine Verzinsung des Kapitals zu 15 %, jeweils in einem Konjunkturzyklus“, um im gleichen Atemzug eine höhere Auslastung der maschinellen Kapazitäten

ten, „an sieben Tagen rund um die Uhr“ wie in Schweden als Schlüssel zum Erfolg zu präsentieren. Konkrete Verhandlungen darüber würden allerdings nicht geführt, so Augustsson.

Fichtel & Sachs-Vorstandsvorsitzender Mecklinger kritisiert, daß die Tarifrunde nicht die gewünschte Flexibilisierung gebracht habe, und fordert Nachbesserungen in Verhandlungen mit dem Betriebsrat. Bei F&S wird über die Einführung eines Schichtmodells für den Wandlerbau verhandelt, das im Zeitraum von vier Wochen je Arbeitnehmer drei Schichten am Wochenende vorsieht, die als normale Arbeitstage ohne Zuschläge zu bezahlen wären. Der Betriebsrat lehnt ab und schlägt vor, eine vorübergehende Ausweitung der Betriebsnutzungszeit auf sechs Tage bis zum Aufbau von zusätzlichen Kapazitäten über Sonderschichten zu realisieren.

Ähnliche Vereinbarungen konnten bei FAG Kugelfischer und der Deutschen Star bereits abgeschlossen werden.

FAG Kugelfischer: Mehrarbeit am Samstag

Bei FAG wurden für den Bereich ATP-1 und ATP-2 zur Überbrückung bis zum 30. 4. 96, bis eine notwendige Kapazitätserweiterung durch Neuinvestitio-

nen erreicht worden ist, verschiedene Maßnahmen beschlossen: Am Samstag werden auf freiwilliger Basis zwei zusätzliche Schichten gefahren, von 6.00 – 14.00 Uhr und von 14.00 Uhr – 20.00 Uhr. Für die 2. Schicht werden über die tariflichen Mehrarbeitszuschläge hinaus 5 DM/Stunde gezahlt. Der zeitweilige Personalmangel bis zur Einstellung zusätzlichen Personals in diesen Bereichen wird von Mai – Oktober 1995 dadurch abgedeckt, daß anfallende Freischichten angesammelt und erst ab November '95 genommen werden.

Star: Kapazitätserweiterung durch Sonderschichten

Auch bei Star boomt das Geschäft so, daß Erweiterungsinvestitionen geplant und durchgeführt werden, und daß bis zu deren Einsatz mindestens bis zum Anfang des nächsten Jahres zwei Sonderschichten am Wochenende gefahren werden müssen. Die Sonderschichten werden in einen regelmäßigen vierwöchigen Schichtplan eingebaut, jedoch als tarifliche Mehrarbeit mit den üblichen Zuschlägen bezahlt. Darüber hinaus honoriert Star die Bereitschaft zur Wochenendarbeit mit kräftigen freiwilligen Zuschlägen. Wer am Samstag arbeitet, erhält auf der 1. Schicht zusätzlich 25 %, auf der 2. Schicht 50 %.

— (cls)



Mit der symbolischen Schließung ihrer Vereine, Hungerstreiks (in Bonn und Wiesbaden) und anderen Protesten haben kurdische Vereine in der Woche vom 4. bis 11. Juli gegen die staatliche Verfolgung kurdischer Einrichtungen und der kurdischen Bevölkerungsgruppe protestiert. Sie forderten, daß die staatlichen Stellen endlich in einen Dialog mit den kurdischen Organisationen eintreten und die Überfälle der Polizei auf kurdische Wohnungen und Vereine aufhören. Foto aus: „Yeni Politika“. — (rül)

Der Samstag bleibt frei Bindender Schiedsspruch

Stuttgart. Am 28. Februar 1995 hat das Schiedsgericht für die Druckindustrie den Rechtsstandpunkt der IG Medien bestätigt: Regelmäßige Arbeit am Samstag ist nur zulässig zur Herstellung aktueller Zeitungen und Zeitschriften sowie im Zusammenhang mit Wartungsarbeiten. Weitere Ausnahmen gibt es nicht.

Arbeitsverträge, Schichtpläne und Betriebsvereinbarungen, die darüber hinaus die Verpflichtung zur regelmäßigen Samstagsarbeit enthalten, verstoßen daher gegen den Tarifvertrag und sind unwirksam.

Zur Klarstellung sei hinzugefügt: dies gilt nicht für Überstunden und Sonderschichten; sie waren und sind weiter samstags zulässig.

Mit dem Schiedsspruch hat ein jahrelanger Rechtsstreit sein Ende gefunden. So hatten trotz des Manteltarif-Abchlusses von 1989 vereinzelt Betriebe regelmäßige Samstagsarbeit festgelegt, ohne daß die tarifvertraglichen Ausnahmetatbestände vorliegen; der Burda-Verlag war und ist einer der prominentesten Fälle.

Nach der Schieds- und Schlichtungsordnung und dem Arbeitsgerichtsgesetz sind Schiedsgerichtsentscheidungen endgültig und bindend für alle Mitglieder, Arbeitgeber und Betriebsräte, alle Gerichte, alle Einigungsstellen, Behörden etc.

Sie haben die Rechtskraft eines letztinstanzlichen Urteils. Sie könnten lediglich in einem Aufhebungsverfahren überprüft werden — deren Voraussetzungen jedoch in diesem Fall hinten und vorne nicht vorliegen.

Dies ist wichtig hervorzuheben, weil der Pressesprecher des Arbeitgeberverbandes in einer Presseverlautbarung zum offenen Rechtsbruch aufgefordert hat. Ein skandalöser Vorgang, der ein offenkundig gespaltenes Verhältnis zur Rechtsordnung offenbart.

— (Aus: Druck und Papier 4/95, Zeitung der IG Medien)

EU-Gipfel: Polizei stellt Bußgeldverfahren ein

Essen. Mit erheblicher Verzögerung ist es jetzt amtlich: Am 28. 6. 1995 teilte die Essener Polizei mit, daß die Bußgeldverfahren wegen der Teilnahme an der verbotenen Demonstration gegen der

ESSEN

ÖTV protestiert gegen Lohnsenkung

Die in Essen angesiedelte Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH, eine 100%ige Tochter des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, will ihren Laborbereich ausgliedern. Das Ziel ist, die Einkommen der Mitarbeiter/innen radikal zu senken. Bei ca. 30 Beschäftigten sollen pro Jahr 271 000 DM Personalkosten eingespart werden. Im Durchschnitt soll jeder Mitarbeiter 9000 DM pro Jahr verlieren!

Die AGR mbH will nun gemeinsam mit einem privaten Laborbetreiber eine neue Gesellschaft gründen, in die der Laborbetrieb eingebracht werden soll. Diese neue Gesellschaft soll nicht Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes werden, um zu verhindern, daß das öffentliche Tarifrecht angewandt wird. Am 29. 6. 1995 führte die Gewerkschaft ÖTV ein Tarifgespräch mit dem Ziel, die Überleitungsmodalitäten und

die Absicherung der Beschäftigten zu regeln. Das Gespräch hatte kein Ergebnis, da die AGR-Geschäftsführung darauf bestand, daß nach spätestens zwei Jahren die Lohnabsenkung im o.g. Maße realisiert sein müßte. Die AGR-Geschäftsführung fand sich nur bereit, eine Übergangsregelung für zwei Jahre vorzuschlagen, nach der im ersten Jahr ein Ausgleich der Differenz zwischen altem und neuem Lohn zu 75% vorgenommen würde und im zweiten Jahr von 25%.

Die Forderung der ÖTV, zumindest für die jetzt Beschäftigten das alte Tarifrecht weiter zu garantieren, wurde rigoros abgelehnt. Die ÖTV hat die Politiker in den Aufsichtsorganen der AGR dringend aufgefordert, der Geschäftsführung dieser Gesellschaft die Entscheidungsbefugnis zu entziehen.

— (aus: Lokalberichte Essen)

MÜNCHEN

Ost-Westpreußen-Nachspiel

Die IG Medien protestiert gegen Übergriffe gegen Journalisten während der Veranstaltung der Ost-Westpreußenstiftung am 25. 6. „Insbesondere das untätige Verhalten der Polizei“, so Gunter Haake, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Journalismus, „ist skandalös.“

Die stellvertretende Landesvorsitzende der IG Medien, Ruth Gruber, kündigte rechtliche Schritte der Betroffenen an, die die IG Medien unterstützen werde.

Zu den Übergriffen kam es während der unter der Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber stehenden Einweihung eines umstrittenen Mahnmals zu Ehren der deutschen Soldaten auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Oberschleißheim bei München. Im Verlauf dieser Veranstaltung bedrängten Ordner der veranstaltenden Ost-Westpreußenstiftung den Journalisten Michael B. und entwendeten ihm den Presseausweis. Die in unmittelbarer Nähe stehende Polizisten machten trotz mehrmaliger Aufforderung keine Anstalten, dem Medienvertreter zu helfen.

Den Ausweis bekam B. erst nach der Veranstaltung unbrauchbar zerknüllt zurück. Er wurde ihm ausgehändigt, nachdem eine Lautsprecherdurchsage zur Rückgabe des Presseausweises aufgefordert hatte. Die Polizei, der der Ausweis danach vom Veranstalter übergeben wurde, machte keine Anstrengungen, festzustellen, wer den Ausweis abgegeben hat. „Rechtsstaatlich unhaltbar“, so Haake, sei es auch, daß während der Veranstaltung der Journalist Martin L. nach eigenen Angaben von Polizeibeamten mit der Androhung des Platzes verwiesen wurde, ansonsten in Unterbindungsgewahrsam genommen zu werden. Zu den rechtlichen Schritten, die nun erwogen würden, zähle in beiden Fällen eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die anhand von Fotos und Zeugenaussagen identifizierbaren Polizisten. Von der Münchner Polizeiführung sei zudem zu erwarten, „daß sie ihre Beamtinnen und Beamten nachdrücklich darauf hinweist, daß sie Medienvertreter zu schützen und nicht zu behindern haben.“

— (aus: Lokalberichte München)

DRUCKINDUSTRIE

Unternehmer stellen Tarifregeln infrage

Seit dem 1. April 1995 gilt in den Betrieben der Druckindustrie die 35-Stundenwoche. Bei diesem Schritt wurde von bisher 37 Stunden um 2 Stunden verkürzt.

Anders als bei den letzten Arbeitszeitverkürzungen waren die Arbeitgeber diesmal nicht bereit, lediglich konkret die Verteilung der Arbeitszeit innerhalb der Arbeitswoche zu verhandeln. Sie wollten mehr. In praktisch allen Betrieben mußten die Betriebsräte feststellen, daß die Unternehmer — geführt durch den Bundesverband Druck — versuchten, tarifliche Regelungen in Frage zu stellen und solche Regelungen durchzusetzen, die der tariflich vereinbarten Lage widersprechen.

Während der Tarif als maximale Flexibilität eine Verteilung der Arbeitszeit über ein ganzes Jahr vorsieht, wobei aber im Voraus die Arbeitszeiten festgelegt werden müssen, streben die Kapitalisten eine Arbeitszeit je nach Arbeitsanfall an. Ist viel Arbeit da, sollen die Kollegen z.B. bis zu 45 Stunden pro Woche arbeiten. So angefallene Stunden über 35 Wochenstunden hinaus sollen nicht etwa als Überstunden mit entsprechenden Zuschlägen bezahlt werden, sondern sollen sozusagen auf ein persönliches Zeitkonto eingetragen und in Zeiten magerer Auftragsbücher abgefeiert werden. In einer Firma sollte so ein Zeitkonto bis auf 35 Stunden anwachsen können und erst ab der 36. Mehrstunde sollte es Überstundenzuschläge geben.

In Betrieben mit Betriebsrat ist es in Augsburg gelungen, Abschlüsse in der genannten Form zu verhindern.

Problematischer ist es, ohne genaueres nennen zu können, in Betrieben ohne Betriebsrat. Hier scheinen Beschäftigte unter dem Vorwand, mehr Flexibilität sei auch in ihrem Interesse, zum Abschluß entsprechender Verträge gebracht worden zu sein.

Der Tarifvertrag zur Einführung der 35-Stundenwoche enthält eine Klausel, die regelt, daß in Betrieben, in denen die Einführung der 35-Stundenwoche zu übermäßigen Belastungen führt, bis Oktober 1996 die ersten 10 Überstunden pro Beschäftigtem zuschlagfrei sind. Diese Regelung ist aber offensichtlich

so gut abgegrenzt und wirklich für Ausnahmen ausgelegt, daß sie trotz Wunsch der Unternehmer in keinem der Augsburger Betriebe mit Betriebsrat zur Anwendung kam.

Einige Beispiele zur Umsetzung

Bei Pressedruck, also der Augsburger Allgemeinen, konnte die Arbeitszeitverkürzung problemlos durchgesetzt werden. In nahezu allen Bereichen wurde der 7-Studentag verwirklicht. Bei der Firma Kieser geht der Trend zu einer Arbeitszeitverkürzung in freien Tagen, ebenso wie beim Augsburger Druck- und Verlagshaus. Bei FCP (ehemals ECA) in Königsbrunn wurde im Tiefdruck die 4-Nächte-Woche realisiert. Angestellte können im Monat 3 freie Tage nehmen. Für die übrigen Schichtarbeiter wurde das Arbeitsende der Spätschicht von 23 Uhr auf 22 Uhr verkürzt. Bei der Firma Schoder in Gersthofen wurde die 4-Nächte-Woche beibehalten. Vorerst wird weiterhin 37 Stunden pro Woche gearbeitet, dafür gibt es im Jahr 12 freie Tage. Allerdings gilt diese Regelung zunächst nur bis 31.3.96. Anfang Januar 1996 muß dann neu verhandelt werden. Bei Rausch Druck wollte sich die Geschäftsleitung, nachdem ihre Flexivorstellungen scheiterten, nur bis Oktober 1995 festlegen. Hier wurde von Montag bis Freitag je eine halbe Stunde verkürzt.

Ein weiterer Versuch, die Umsetzung der 35-Stundenwoche zu einer Senkung der Betriebskosten zu nutzen, ist der Versuch der Kapitalisten, die Arbeitszeit in Schichtbetrieben aus der Zuschlagspflichtigen Zeit herauszuverlegen. Dies bedeutet für viele Beschäftigte, dadurch daß die Zuschläge hoch sind, erhebliche Lohneinbußen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß das Ziel der Kapitalisten, tarifliche Wirklichkeit einzureißen und außerhalb der Tarifverträge neue Realitäten zu schaffen, weitgehend verhindert werden konnte.

Quelle: „Klartext“, Zeitung der IG Medien, Ortsverein Augsburg, Ausgabe 1/95 — (fgm)

EU-Gipfel im Dezember letzten Jahres eingestellt worden sind.

Gegen die Festgenommenen unter 16 Jahren hatte die Polizei keine Verfahren eröffnet. Die jetzige Einstellung betrifft über 700 Personen.

Auch wenn die Polizei zur Begründung allein den „enorm hohen Verwaltungsaufwand“ anführt, gesteht sie doch ein, daß ihr Vorgehen zumindest überzogen war. Weiterverfolgen wollen Polizei und Staatsanwaltschaft jedoch etwa 30 Fälle, bei denen es um Widerstand und Körperverletzung geht. Sprecher des Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel verlangt, daß auch diese Verfahren eingestellt werden.

An der Verfassungsklage gegen das Demonstrationsverbot hält das Essener Bündnis fest. Ob auch die von 300 Festgenommenen angestrebte Verwaltungsgerichtsklage auf Rechtswidrigkeit der Festnahmen eingereicht wird, muß noch geklärt werden. — (wof)

Aktion am Flughafen für Mumia Abu-Jamal

Düsseldorf. Im Rahmen der bundesweiten Aktionstage am 2. und 3. Juli zur Verhinderung der Hinrichtung von Mumia

Abu-Jamal kamen zur regionalen Aktion am Düsseldorfer Flughafen ca. 100 Leute aus 12 Städten Nordrhein-Westfalens.

Im Abflugbereich wurden an mehreren Schaltern von Fluggesellschaften Kundgebungen gemacht und Flugblätter verteilt. Es sollten vor allem Fluggäste, die mit einer Maschine nach New York flogen, informiert werden.

Es waren ca. 30 uniformierte Polizisten anwesend und einige zivile, die aber nicht eingriffen und nur präsent waren.

Demzufolge gab es einen kurzen Anschlag durch die Düsseldorfer Altstadt mit kurzen Zwischenbeiträgen. Insgesamt wurden 1000 Flugblätter verteilt. Die Aktion ist erfolgreich gelaufen, viele Leute waren interessiert.

— (N.N.)

SPD und CDU halten an Hindenburgstraße fest

Essen. Der Beschwerdeausschuß des Essener Rates hat am 4. 7. 1995 den von der PDS initiierten Bürgerantrag, die Hindenburgstraße in „Straße des unbekannten Deserteurs“ umzubenennen, zurückgewiesen.

Der Ausschuß bezog sich dabei auf einen Beschluß des Hauptausschusses von 1993. Danach sind Umbenennungen wegen der damit verbundenen Kosten für Verwaltung und Anwohner zu vermeiden.

Dabei gibt es auch nach Angaben der Verwaltung in Essen 67 Straßennamen, die „möglicherweise nicht mehr den heutigen Auffassungen entsprechen“, darunter die Hindenburgstraße.

Anstatt ans Werk zu schreiten, will die Verwaltung jeden Präzedenzfall vermeiden. Die im Antrag angeregte Alternative, durch die Errichtung eines Denkmals zur Rehabilitation der Deserteure beizutragen, wurde nicht aufgegriffen.

Bündnis 90 / Die Grünen haben im Beschwerdeausschuß kein Stimmrecht — sie wollen die Angelegenheit aber im Stadtrat zur Sprache bringen. — (syb)

SPD Eckernförde gegen PKK-Verbot

Eckernförde. In einer auf einer Mitgliederversammlung verabschiedeten Resolution hat der Ortsverband der SPD in der schleswig-holsteinischen Stadt Eckernförde am 13. Juni verlangt, die Waffen-

lieferungen der BRD an die Türkei einzustellen und die PKK als Befreiungsbewegung anzuerkennen. In der Resolution des Ortsvereins heißt es unter anderem:

„Wir teilen die Position von Völkerrechtlern und Menschenrechtsorganisationen, die die PKK, vergleichbar mit der palästinensischen PLO und dem südafrikanischen ANC, als Befreiungsorganisation mit Vertretungsanspruch ansehen. Als solche ist sie der Gesprächspartner, der gebraucht wird, wenn man eine politische und möglichst unblutige Lösung des Konflikts will.“

Das Verbot der PKK und der kurdischen Kulturvereine ist ein unsensibler Schritt gegen das Identitätsgefühl der hier lebenden Kurden. Die unterstellte Verantwortung der PKK für Terroranschläge in Deutschland ist nicht nachgewiesen.“

Auf der Ortsvereins-MV hatte zuvor die SPD-Politikerin Sünje Müller-Loenzen von ihren Erfahrungen bei einer Delegationsreise im Frühjahr dieses Jahres gemeinsam mit Hamburger Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch die kurdischen Gebiete berichtet.

Quelle: „Eckernförder Zeitung“, 14. Juni — (rül)

Und trotzdem den Kampf verloren?

Heftiges Aufbegehren der Freudenberg-Belegschaft

Die Stammfirma „Carl-Freudenberg-KG“ des Freudenberg-Konzerns, heute in Weinheim noch ca. 6000 Beschäftigte, früher das Doppelte, wird zerschlagen. Stattdessen wird es neun neue Kommanditgesellschaften geben, die allesamt vom Konzern gehalten werden.

Schon vor Jahren waren einzelne GmbH's und KG's gegründet worden, ohne daß die Firma das allerdings zum Anlaß nahm, die einheitliche Behandlung der Belegschaft am Standort in Frage zu stellen. Im Mai '94 erzwang die Leitung einer etwas abseits liegenden Firma („Simflex“, Joint Venture mit japanischer Firma) die Bildung eines gesonderten Betriebsrats. Im Juli 94 schließlich war ein erster großer Bereich neu ausgetrennt worden, damals hieß es noch: Nein, die weitere Aufspaltung sei nicht geplant. Ein halbes Jahr danach dann im November wurde der Zerschlagungsbeschuß veröffentlicht. Zu ganz verschiedenen Zeitpunkten folgen nun die anderen (1.7.95, 1.1.96).

Lange brauchte es, bevor Betriebsrat und Gewerkschaft überhaupt in die Gänge kam. Ein Betriebsvereinbarungs-Entwurf wurde schließlich erarbeitet. Hauptziel: Die Rechte der Beschäftigten sollten erhalten werden; es sollte weiterhin einen Betriebsrat für den gesamten Standort geben und damit betriebsverfassungsrechtlich den „einheitlichen Betrieb“. Damit wäre auch in Krisenzeiten der Personalausgleich zwischen den KG's gesichert und damit der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen erheblich stärker — wie jetzt in der bisherigen Firma.

Die Firma droht ...

Die Unternehmensleitung marschierte rasch auf eine Vereinbarung zu, die eben diesen Schutz ausklammert. Schon nach zwei Verhandlungsrunden (die Firma trat den verhandelnden Betriebsratsmitgliedern jeweils mit drei Juristen gegenüber) wandte sie sich an den Betriebsrat mit der Erpressung: Wenn der BR auf der Forderung bestünde, werde es keinerlei weitere Verhandlung geben, die Firma gehe dann sofort zur Einigungsstelle.

... der Betriebsrat reagiert

Immer wieder gab es unterschiedliche Rechtspositionen zu den aufgeworfenen Fragen. Rechtsauskünfte wurden eingeholt — wiederum mit unterschiedlichen Ergebnissen (oft eher dazu: Was kann man rechtlich nicht erzwingen, statt umgekehrt!) Rechtliche Argumentationen („Was geht, was geht nicht, was sichert das Gesetz ohnehin?“) überwogen. Der rechtlich komplexe Gesamtzusammenhang wurde strittiger und undurchdringlicher als zuvor.

Äußerst rasch beschloß der BR in einer Kampfabstimmung schließlich knapp: Er ließ die Forderung nach Standort-Betriebsrat und damit nach dem „einheitlichen Betrieb“ fallen. Flugs wurden sodann die Verhandlungen vorangetrieben, viele BR-Mitglieder beschäftigten sich ohnehin schon mehr mit der Vorbereitung der KG-Betriebsräte (bzw. ihrer Sitze darin). Ganz rasch wurde schließlich Ende April eine „Rahmen-Betriebsvereinbarung“ — wiederum nach Kampfabstimmung — abgeschlossen und unterschrieben, die kaum über die gesetzliche Absicherung durch den § 613a BGB hinausgeht.

Die Belegschaft an den Rand geschoben ...

Daß die unterschriebene Vereinbarung als echter Schutz vor den Folgen der KG-Spaltung nicht ausreicht, dafür wurde das Gespür in der Belegschaft bald deutlich. Im *Frischer-Wind-Info*, der Betriebszeitung der im Betriebsrat zu etwa einem Drittel vertretenen „Kritischen Gewerkschafter bei Freudenberg“, wurde mehrfach informiert (jeweils dreisprachig). Die Forderung, daß betriebsbedingte Kündigungen auch weiterhin verhindert werden müßten, während am gleichen Standort (in einer anderen KG) neu eingestellt würde, war bis weit hinein in die Hierarchien verbreitet.

Eine Gelegenheit, sich zu dem Verhandlungsstand auch offiziell zu informieren, gab der Betriebsrat der Belegschaft nicht — geschweige denn, ihre Kraft in die Verhandlungen einzubringen. Alle Hoffnungen und Anträge des „Frischen Wind“ im Betriebsrat, somit zu einer gemeinsamen Bewegung mit Belegschaft und Gewerkschaft zu kommen, zerfielen. Als einziger Beschluß in diese Richtung — eher mit zufälliger Mehrheit und noch vor Verabschiedung der Vereinbarung, eigentlich zur Mobilisierung für eine bessere Vereinbarung gefaßt — wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung am 16.5. durchgeführt.

... auf der Versammlung beehrte sie auf!

Die Stimmung auf der Versammlung war von Anfang an gereizt. Im überfüllten Saal (wegen Regen mußte die Versammlung von einem freien Platz in einen Saal verlegt werden, 800 paßten rein, hunderte mußten wieder gehen) entlud sich bittere Enttäuschung der Beschäftigten am Personalchef; die Unternehmensleitung hatte ignorant ihr Kommen nicht für nötig gehalten. Im Mittelpunkt der heftigen Anklagen standen Forderungen einer Unterschriftensammlung, die im „Frischen Wind“ tags zuvor veröffentlicht worden war: „Versetzung vor Entlassung“, Gültigkeit aller Betriebsvereinbarungen, Gleichbehandlung auch der Neu-Eingestellten, verlängertes Restmandat des bisherigen Standort-Betriebsrats.

Zarte Versuche der BR-Mehrheit, den erreichten Zustand als ausreichend zu verkaufen, wurden ausgepiffen. Schließlich wurde — erstmals bei CF — ein Antrag auf Beschluß über den Text der Unterschriftensammlung gestellt und schließlich unter Begeisterung der Anwesenden einstimmig (mit zwei Enthaltungen zweier Abteilungsleiter) beschlossen: Nämlich als Auftrag an BR und Unternehmensleitung, erneut in Verhandlungen zu treten. Ziel sollte der Abschluß weiterer Betriebsvereinbarungen sein, die im Sinne der erhobenen Forderungen die unzureichenden Regelungen der Rahmen-Betriebsvereinbarung konkretisieren sollten.

Die Betriebsratsmehrheit spielte ...

Der Betriebsrat konnte nicht anders als schließlich zu beschließen, solche Verhandlungen offiziell zu fordern — nicht ohne sich über die undankbare Belegschaft zu beklagen und mit der (natürlich internen) Ankündigung, da werde

ohnehin nichts weiter rauskommen, das werde man dem „Frischen Wind“ schon zeigen. Gegenüber der Belegschaft äußerte sich der BR nicht schriftlich, man wolle „keine falschen Hoffnungen schüren“.

... die Firma blieb stur

Die Unternehmensleitung konnte so mitteilen, zu „Nachverhandlungen“ sehe sie keinen Anlaß.

Mitte Juni schließlich fanden turnusgemäß im Laufe einer ganzen Woche Teil-Betriebsversammlungen statt — dieses Mal mit großem offiziellem Aufgebot. Mehrere Mitglieder der Unternehmensleitung, die Betriebsratsvorsitzende, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Leder — allesamt verteidigten vehement die abgeschlossene Vereinbarung. Unisono: Man könne den mündlichen Ankündigungen der UL vertrauen, alle Rechte der Beschäftigten seien abgesichert, die Vereinbarung sei ausreichend, mehr sei rechtlich nicht drin, was unterschrieben sei, könne nicht mehr nachträglich „nachgebessert“ werden ... Und ebenso unisono: Nur die Miesmacher von der „kleinen Splittergruppe Frischer Wind“ wollten hier die Belegschaft vor den Karren ihrer Politik spannen.

Das Ganze wurde mit teils miesesten Breitseiten von Beschimpfungen gegen einzelne „Frischer-Wind“-Betriebsräte garniert. Und der Gewerkschaftsvorsitzende wetterte endlos und langweilig gegen unmäßige, dem Standort Deutschland schädende Forderungen und gegen die Unfähigkeit „gewisser Gruppen“, sich in diesem Sinne Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen.

Zwischen Unsicherheit, Wut und Frust

Die Belegschaft — auf den Versammlungen nun abteilungsweise getrennt — reagierte unterschiedlich. Einerseits wurde aus dem gezollten Beifall das Festhalten vieler an den Forderungen deutlich, der Ärger über das Vorgehen der Firma, die Wut, Enttäuschung und Verbitterung über die Beschönigungen durch Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionäre. Andererseits vergrößerte sich Unsicherheit darüber, ob jetzt noch wirklich „mehr drin“ ist. Und es überwog bei vielen der Frust darüber, wie die Möglichkeiten, eine Verbesserung zu erreichen, im Streit innerhalb des BR (unter klarer Parteinahme und Hilfestellung der Unternehmensleitung) auf der Versammlung zerredet wurden.

Der Versuch, nun weitere Verhandlungen zustande zu kriegen, wenigstens



Frischer Wind - In o

einen Anspruch auf „Versetzung vor Entlassung“ zu erreichen und einen gemeinsamen Wahltermin der nun unvermeidlichen neuen KG-Betriebsräte durchzusetzen, dieser Versuch war damit endgültig gescheitert. Der CF-BF wird auch — mit seinem stückweiser Auseinanderbrechen in die KG-Betriebsräte — handlungsunfähiger als je. Und in den neu gegründeten KG's wurde in den ersten Tagen klar, daß sogar das gesetzlich nach dem neuen Umwandlungsgesetz gesicherte Restmandat des Betriebsrats angezweifelt wird.

Aber: Völlig umsonst war es nicht!

Die Unternehmensleitung (und auch die diversen KG-Leitungen) werden in Zukunft immer wieder an ihren jetzt zu Besänftigung angedeuteten Versprechungen gemessen werden. Sie werden in mancher Hinsicht vorsichtiger agieren müssen, als sie dies ohne das Aufbegehren der Belegschaft getan hätten. Die KG-BR werden sich — sobald sie gebildet sind — um eine nachträgliche Bearbeitung der Forderungen bemühen müssen.

Mag sein, daß es auf Grundlage der deutlichen Forderungen der Belegschaft leichter gelingt, die einzelnen Forderungen der KG's zu einer wirksamen, institutionalisierten Zusammenarbeit am Standort-Ebene zu gewinnen. Entscheidende Vereinbarungs-Entwürfe fanden im BR bereits eine Mehrheit.

Größter Anstrengung allerdings wird es wohl bedürfen zu verhindern, daß der Frust über BR und Gewerkschaft anti-gewerkschaftliche Haltungen und Wahlenthaltung bei den BR-Wahlen mündet. Daß dies gelingt, das kann man heute nur hoffen!

Quelle: „Frischer-Wind-Info“ Nr. 63/67 — (B.F.)

BGS schikaniert polnische Arbeitssuchende

300 polnische Arbeitssuchende wurden stundenlang festgehalten und drangsaliert

Ende Juni 1995 wurden in Frankfurt (Oder) ca. 200 polnische Bürger wegen Verstoßes gegen das Ausländergesetz ausgewiesen. BGS, Arbeitsamt und Staatsanwaltschaft hatten in einer zuvor abgestimmten Aktion polnische Arbeitssuchende in Empfang genommen, die von einem dubiosen Geschäftsmann angeworben worden waren, um das Anzeigenblatt „Spitz“ auszutragen. Am Lager der „Firma“ wurden die polnischen Bürger umzingelt, nach vorhandenen Arbeitserlaubnissen gefragt, personell erfaßt und über die Grenze abgeschoben. 10 von ihnen wurden festgenommen und dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Seitens der abgeschobenen Polen gab es Beschwerden, woraufhin festgelegt wurde, daß diese über den Bürgermeister der polnischen Gemeinde Slubice erfaßt und den deutschen Behörden übergeben werden.

Die Massenausweisung war Thema einer Veranstaltung des Frankfurter Brücke-Vereins, der sich über den angerichteten politischen Schaden klar war, und versuchte, ein neues Gespräch in Gang zu bringen.

Die Fakten wurden einigermaßen korrigiert dargestellt: Ca. 300 polnische Bürger wurden in einer Fabrikhalle festgehalten, wohin sie mit einem Verdienstversprechen von täglich 100 DM von dem „Unternehmer“ gelockt worden waren. 211 Polen wurden ausgewiesen und mit einem Einreiseverbot belegt. Allerdings war nur einer von ihnen ein im Computer erfaßter „Wiederholungstäter“. Aus Berichten wurde folgendes deutlich: Den Polen wurden die Papiere abgenommen, sie mußten fünf Stunden ohne Essen und Trinken ausharren, und nach etwa zehn Stunden erhielten sie ihre Ausweise mit einem Ausweisungsstempel zurück. Der eine oder andere wurde gewaltsam in einen Bus verfrachtet. Vom Grundsatz der Unschuldsvermutung war an diesem Tag keine Rede, die Verantwortlichen suchten die Angereisten lediglich als Werkzeug der Beweissicherung gegen den angeklagten „Unternehmer“ zu nutzen.

Das Gespräch der Betroffenen mit den deutschen Verantwortlichen war nicht dazu angetan, Licht in das Dunkel der bürokratischen Verantwortungen zu bringen. Eine Institution gab vor, nur teilweise informiert und einbezogen worden zu sein. Die andere, in diesem Falle der BGS, berief sich auf seinen Amtshelferstatus im Rahmen des Grenzschutzgesetzes und versprach daher lediglich, einzelne Maßnahmen ob ihrer Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Das Arbeitsamt schließlich konnte in der gesamten Angelegenheit nichts Außergewöhnliches entdecken. Wie schon in den zurückliegenden Monaten sei nach illegal Beschäftigten gefahndet worden.

Alles das läßt vermuten, daß wie schon zu früheren Zeiten Polen als billige Arbeitskräfte in Deutschland „willkommen“ sind, daß aber ab und an das Auge des Gesetzes gegen sie aktiv wird. Schenkt man den Worten des Leiters des deutsch-polnischen Geschichtsprojektes, Willi Przybiski, Glauben, so erfährt man, daß schon seit sieben Jahren die Forderung nach einfachen Regelungen für die Euroregion erhoben werden, aber noch keine Antwort deutscherseits gegeben wurde. Seit Januar wird z.B. versucht, für 17 Polen Arbeitsbescheinigungen für die Arbeit auf den Obstplantagen der Gegend zu erhalten, die aber bis jetzt noch nicht ausgestellt wurden.



Die Übergriffe von BGS und Ausländerbehörden gegen die polnischen Arbeitssuchenden sind ein erneutes Beispiel für ausländerfeindliche Praktiken der Sicherheitsorgane in den neuen Bundesländern. Bundesweit traurige „Spitze“, was die Vorwürfe der Mißhandlung und illegaler Übergriffe gegen Ausländer angeht, hält die Berliner Polizei. Bild: Protestaktion der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ gegen Polizeübergriffe in Berlin.

Wohl, weil illegal tätige Arbeitskräfte billiger sind als registrierte?

So wurde in dieser Veranstaltung klar, daß die Rücknahme des Einreiseverbotes das mindeste Mittel ist, um den angerichteten Schaden wiedergutzumachen. Es gab aber auch Stimmen, die eine öffentliche Entschuldigung des Bundeskanzlers forderten, wenn er seinen Besuch in Polen absolviert.

Inzwischen sind von der Frankfurter Ausländerbehörde im Rathaus Slubice die Ausweisungsstempel in den Pässen ungültig gemacht worden. Die Antwort des Frankfurter Bürgermeisters (SPD) auf die Frage, wie Schadensersatz geleistet werden könne, befriedigte keineswegs, denn er verwies auf Regelungen, die auf internationaler Ebene herbeigeführt werden müßten. Die polnischen Bürger zeigten sich aber kaum erleichtert, denn keiner der Beamten hätte sich bei ihnen entschuldigt.

Die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg hat inzwischen die Aufklärung der Vorwürfe gegen den BGS gefordert. Auch die Stadtverordnetenversammlung Franfurts (Oder) wird sich mit dem Skandal beschäftigen.

Quelle: „Neues Deutschland“, 1. bis 5. Juli — (abe)

Presseerklärung der PDS: Regierung muß sich erklären

Zu den Vorfällen an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt (Oder) erklärt der innenpolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Michael Schumann:

Der Presse ist zu entnehmen, daß ca. 300 polnische Bürger durch BGS und Polizei eingekesselt, entwürdigend und rechtswidrig behandelt worden sind.

Wenn die Schilderungen, die bis in polnische Regierungskreise und in der Bevölkerung des Nachbarstaates Empörung ausgelöst haben, zutreffen, handelt es sich um einen politischen Skandal ersten Ranges, der nicht ohne Folgen bleiben kann. Wenn statt klärender Gespräche Repressionen die Praxis des Umgangs deutscher Behörden mit den polnischen Nachbarn bestimmen, haben die verantwortlichen Politiker versagt.

Die Landesregierung ist aufgefordert, sich eindeutig zu den Vorgängen zu erklären. Sollten Brandenburger Behörden an den Rambo-Aktionen des

BGS beteiligt gewesen sein, erwarten wir, daß Ministerpräsident Stolpe die politische Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht.

(Gerlinde Schneider, Pressesprecherin der PDS-Landtagsfraktion)

MDL Schumann: Brief an Stolpe

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Auftrag meiner Fraktion teile ich Ihnen die tiefe Besorgnis mit, die das Vorgehen des Bundesgrenzschutzes offensichtlich im Zusammenwirken mit Brandenburger Behörden gegenüber ca. 300 polnischen Staatsbürgern am 24.6.1995 in Frankfurt (Oder) ausgelöst hat.

Wir legen gegen dieses Vorgehen entschiedenen Protest ein. Es läßt ein bestürzendes Defizit an politischem Verantwortungsbewußtsein erkennen.

Wir wissen, wie sehr Ihnen, Herr Ministerpräsident, an gedeihlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Republik Polen gelegen ist, und unterstützen Ihre diesbezüglichen Bemühungen.

Eine parlamentarische Auseinandersetzung mit der Landesregierung über das aus unserer Sicht unverantwortliche Vorgehen Brandenburger Behörden ist sicherlich der geeignetste Weg, den Konsens hinsichtlich des überragenden politischen Gewichts der Beziehungen zur Republik Polen und der Verhältnisse in der deutsch-polnischen Grenzregion zu befördern.

Die eindeutigen Reaktionen der polnischen Seite und das schädliche und unangemessene Agieren der Ausländerbehörde und insbesondere der zuständigen Staatsanwaltschaft verlangen jedoch eine eindeutige Stellungnahme.

Wir fordern Sie daher dringend auf, das Vorgehen der deutschen Bundes- und Landesbehörden öffentlich und unmißverständlich zu verurteilen und gegenüber der Leitung der Staatsanwaltschaft und der Ausländerbehörde unverzüglich Konsequenzen zu ziehen.

Wir bitten Sie, uns über die von Ihnen vorgesehenen Schritte respektive Entscheidungen, die eine parlamentarische Initiative von unserer Seite erbringen könnten, baldmöglichst zu informieren. Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Michael Schumann
Innenpolitischer Sprecher

Bundestagsgruppe der PDS

„Strafverfolgungsbeendigungsgesetz“

Die Bundestagsgruppe der PDS, in deren Namen Prof. Uwe-Jens Heuer sprach, hat ein „Strafverfolgungsbeendigungsgesetz“ vorgelegt. In einer Erklärung Heuers wird betont, daß der Komplex „Amnestie, Straffreiheit und Schlußgesetz“ seit Ende 1994 zu einem zentralen Thema der Innenpolitik geworden ist. Über 50000 Ermittlungsverfahren wurden gegen Personen eingeleitet, die in der DDR hoheitliche Aufgaben wahrgenommen haben. Die Fortsetzung der Strafverfolgung behindert eine Politik der Aussöhnung und belastet den Dialog über die Lehren der deutschen Geschichte der letzten 50 Jahre wie auch die kritische und sachliche Bewertung der DDR.

Es war eine bewußte Entscheidung der Bundespolitik, mit einer Kampagne gegen das DDR-„Unrechtsregime“, mit der Errichtung einer Zentralstelle zur Verfolgung der „Regierungskriminalität“ und anderen Maßnahmen die politische Verfolgung in Gang zu setzen. In allen Parteien blockieren sich die Gegner und Befürworter einer Beendigung der Strafverfolgung gegenseitig.

Mit der Einreichung des Strafverfolgungsbeendigungsgesetzes (StVBG) will die PDS den Weg für die parlamentarische Debatte frei machen.

Sie handelt in Übereinstimmung mit dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden, dessen Gesetzentwurf zur Grundlage genommen wurde. So soll geregelt werden:

— Es findet keine weitere Verfolgung mehr statt.

— Laufende Verfahren werden eingestellt.

— Rechtskräftige Verurteilungen werden nicht mehr vollstreckt.

— Kosten und (noch nicht bezahlte) Geldstrafen und Bußen werden nicht weiter betrieben.

Der Entwurf versteht sich insofern als Kompromiß. Er unterbreitet den Vorschlag eines juristischen Schlußstrichs, der unterschiedliche Rechtspositionen nicht aus der Welt schaffen will. Er wäre ein politisches Signal der Vernunft, der Einsicht und des Aufeinanderzugehens. — (abe)

Antimilitaristischer Widerstand in Berlin

Gegen Bosnien-Einsatz, Bombenabwurfplatz und die Arrestierung eines Totalverweigerers

Der vom Bundeskabinett und Bundestag beschlossene Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan beginnt in wenigen Tagen. Exakt 50 Jahre nach dem blutigen Ende des letzten Weltkriegs kommen damit

erneut deutsche Truppen auf dem Balkan zum Einsatz. In zahlreichen Städten der Republik haben antimilitaristische Kräfte deshalb mit Beratungen begonnen, wie diesem dritten Anlauf eines deutschen Staates in

diesem Jahrhundert, seine Politik als Kriegsmacht zu verfolgen, entgegengetreten werden kann. Erste Aktionen fanden in einzelnen Städten bereits statt, vielfach werden weitere Aktionen vor allem im Hinblick auf den

Kriegstag vorbereitet. Im folgenden haben wir ein paar Aktionen und Vorbereitungen aus dem Berlin-Brandenburger Raum zusammengetragen. Alle Berichte sind den „Berliner Berichten“ entnommen. — (rül)

Kampagne gegen die Wehrpflicht

Protest gegen Arrest für Totalverweigerer

Am Vormittag des 3. Juli haben ca. 10 Mitglieder der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ die Räume des Truppendienstgerichtes Nord in Potsdam besetzt, begleitet von 25 Sympathisanten.

Die Besetzung wurde nach 2 Stunden von der Polizei gewaltsam beendet. 14 Besetzer wurden festgenommen unter dem Tatverdacht des Diebstahls von Dokumenten, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch.

Mit der Besetzung des Truppendienstgerichtes Nord protestieren wir gegen die Arrestierung des Totalverweigerers Lothar Lehmann, der seit 84 Tagen von der Bundeswehr in Isolationshaft gehalten wird. Es handelt sich um die längste Arreststrafe, die von der Bundeswehr in der Geschichte der Bundesrepublik verhängt wurde.

Heute entscheidet der Bataillonskommandeur Scheibe der für Lothar Lehmann zuständigen Einheit in Blankenfelde, ob er beim Truppendienstgericht Nord eine weitere Arrestzeit von 21 Tagen beantragt.

Der Fall Lothar Lehmann ist keine Überreaktion der Militärbehörden. Er ist vielmehr der gezielte Versuch, die Ausnahme zur Regel, die Repression gegen Totalverweigerer zum Normalfall zu machen.

Wir halten es daher für unerlässlich, uns verstärkt für eine zivile Gesellschaft einzusetzen. Es ist an der Zeit, von Protestaktionen zur aktiven Behinderung von Krieg, Militär und Repression überzugehen. Mit der Besetzung des Truppendienstgerichtes Nord fordern wir die unverzügliche Entlassung von Lothar Lehmann.

(Presseerklärung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, 3. Juli)

Nachtrag der Redaktion: Am gleichen Tag noch entschied das Truppendienstgericht des IV. Korps in Potsdam, Lothar Lehmann nach 84 Tagen Arrest aus der Haft im Fernmeldebataillon zu entlassen. Er müsse aber damit rechnen, erneut zum Erscheinen aufgefordert zu werden.

Proteste gegen Balkan-Einsatz

Erste Aktionen mit 550 Teilnehmern

Am 26. Juni demonstrierten etwa 500 Menschen vom Breitscheidplatz zum Reichspietschauer. Aufgerufen hatte u.a. der ASdA der TU, die Friedensinitiative Wilmersdorf, die PDS, Bündnis 90/Die Grünen und die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär.

Am 29. Juni protestierten etwa 50 Personen auf einer Kundgebung auf dem Breitscheidplatz. Veranstalter war hier



Bundeswehrpropaganda wird entsorgt ...

u.a. die Friedensinitiative Wilmersdorf.

Für die Vorbereitung des Antikriegstags am 1. September haben erste Verhandlungen zwischen der Friedenskoordination, den Gewerkschaften und linken Parteien und Gruppen begonnen. — (rül)

FREIE HEIDE

Aktionstage gegen Bombenabwurfplatz

Das „Berliner Bündnis für eine FREIE HEIDE“ organisiert für den September Aktionen gegen einen in der „Wittstocker Heide“ nördlich von Berlin geplanten neuen Bombenabwurfplatz der Bundeswehr. Hier Auszüge aus dem Ausruf.

Kommt mit zur 3-tägigen Fuß- bzw. Fahrradwanderung gegen das geplante Bombodrom bei Wittstock nur 80 km nördlich von Berlin.

Die Bundeswehr nutzt dort einen riesigen Bombenabwurfplatz der Sowjetarmee weiter.

Wozu? Zur Landesverteidigung? Die Bundeswehr und die Nato wollen dort „friedensschaffende Maßnahmen“, d.h. den Mord an Zivilbevölkerung und „feindlichen“ Soldaten trainieren.

Wir wollen weder, daß deutsche Soldaten im Ausland marschieren, wie es jetzt nach den neuesten Blauhelmbeschlüssen möglich ist, noch, daß diese schützenswerte, wunderbare Heide und Waldlandschaft durch ständigen Tieffluglärm für Mensch und Tier unbewohnbar gemacht wird. Der Bombenübungsplatz liegt direkt an Berlins nördlichem Naherholungszentrum, der Mecklenburgischen Seenplatte.

Wir demonstrieren vom 1. September (dem Antikriegstag) bis 4. September mit einer Wanderung zu Fuß bzw. mit dem Rad rund um das Bombodrom ge-

gen diesen Gewaltakt. Dabei wird es einige Protestaktionen und eine Party geben. Am Sonntag werden wir an der Protestwanderung und Kundgebung der Bürgerinitiative FREIE HEIDE aktiv dabei sein.

Notwendige Ausrüstung: Bringt bitte alle Zelt, Schlafsack, Geschirr und Besteck, eine Grundverpflegung, Musikinstrumente, und eine Taschenlampe selbst mit.

(Es folgt eine Übersicht über die vom 1. bis 4. September geplanten Aktionen). — (Berliner Bündnis für eine FREIE HEIDE: Gewaltfreie Aktionsgruppe/Graswurzelrevolution Berlin, A-Laden, Berliner Friedensforum, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär (Berlin und Potsdam))

Kontakt: A-Laden, Rathenowerstr. 22, 10559 Berlin, Fon/Fax: 3946167; Ulrich (Fon: 4013426)

Hintergrundinfos

Achtung, hier wird geschossen!

Schon 44 Jahre lang wurden sowjetische Bomben auf die Wittstocker Heide abgeworfen — auf eine 142 qm große Heidelandschaft zwischen Wittstock, Kyritz und Neuruppin. Der seit der Maueröffnung eingelebte Waffenstillstand soll von Bundeswehrpanzern, Raketen und Bomben gebrochen werden.

Neben dem geplanten NATO-Schießplatz in der Collbitz-Letzlinger Heide würde das Bombodrom die zweite zentrale militärische Einrichtung in der Nähe Berlins. Mit fadenscheinigen Argumenten versucht die Bundeswehr, die Bevölkerung für das mörderische Projekt „Bombodrom Wittstock“ zu ködern. Ihre Lieblingsbehauptung, „Wir schaffen Arbeitsplätze“, wirkt in einer strukturschwachen Gegend mit hoher Arbeitslosigkeit überzeugend. Stolz 90 Arbeitsplätze hat die Bundeswehr bis heute eingerichtet — befristet auf 3 Monate.

Tatsächlich vernichtet die Bundeswehr Arbeitsplätze, da sie die Möglichkeit einer friedlichen, umweltverträglichen Nutzung der Heide durch Touris-

mus und Naherholung, Land- und Forstwirtschaft zerstört. Die Aussicht auf Bombenlärm und Truppenübungen blockiert touristische Unternehmungen und Investitionen in der Region bis hin nach Rheinsberg. (Dort wurden schon die Pläne für ein Hotel auf Eis gelegt). Das Märchen von den modernen, unauffälligen, leisen Bömbchen (womöglich noch mit Tannenduft versetzt), die auf einem so großen Platz gar nicht auffallen würden, glaubt den Public Relation Offizieren bereits keiner mehr — die ersten Tiefflieger donnern bereits über die Hausdächer, und es sollen zig täglich werden.

Ebenso ins Reich der Dichtung gehört das Versprechen, durch die Bundeswehr würden ortsansässige Betriebe und Dienstleistungsunternehmen florieren — für Reparaturwerkstätten von Panzerketten und für Bordelle mag das stimmen, für die (etwas häufigeren) Ausflugslokale, Bauernhöfe usw. wird das Gegenteil gelten.

Aber schließlich ist eindeutig, daß es hier um „Sicherheit“ geht. Trotz des Zusammenbruchs des Feindbildes Ostblock, scheint es für die Bundeswehr immer noch notwendig zu sein, zielgenaue Bomben zu üben, denn „unter den neuen Sicherheitspolitischen Verhältnissen läßt sich Sicherheitspolitik weder inhaltlich noch geographisch eingrenzen“. Ist dies die konkrete Form einer „tatkräftigen deutschen Außenpolitik“? Soll in Wittstock nun auch für die „Aufrechterhaltung des Welthandels und für den ungehinderten Zugang (Deutschlands) zu Märkten und Rohstoffen“ geübt werden? Diese Politik hat nichts mit nationaler Souveränität, dafür aber viel mit Militarismus und Ausbeutung zu tun. Da wir Frieden und Völkerverständigung der Bundeswehr und „out of area“ Einsätzen vorziehen, rufen wir auf zu Aktionstagen in der hoffentlich bald wieder Freien Heide!

Bist Du nicht willig ...

Seit es Pläne zur Nutzung des Areals durch die Bundeswehr gibt, wehren sich die Ortsansässigen. Sie organisierten sich als Bürgerinitiative FREIE HEIDE, in der wir auch mitarbeiten. Weil die Bundeswehr mit ihren Argumenten nicht überzeugte, setzt sie nun staatliche Gewalt ein. Die Bundesbehörden setzten sich über die Betroffenen und die ungeklärten Eigentums- und Nutzungsrechte hinweg. Das Bundesvermögensamt übertrug im Dez. '93 die Nutzungsrechte an die Bundeswehr. Anfang Januar donnerten die ersten Maschinen im Tiefflug über den Köpfen. Es werden Verbotsschilder aufgestellt und Schlagbäume errichtet. Seit dem versucht die Bundeswehr auf dem Platz Tatsachen zu schaffen. Doch die Proteste gehen weiter. Es gibt jeder Monat eine Protestwanderung, Klagen werden angestrengt, Konzerte, Aktionen zivilen Ungehorsams und andere organisiert. Wir laden Dich ein, auf der Sommeraktion mitzudemonstrieren und zu Fuß oder mit dem Fahrrad die schöne Landschaft dort kennenzulernen. Viel Spaß auf allen Wegen gegen Krieg und Militär!

— (Berliner Bündnis für eine FREIE HEIDE)

Der Balkan ruft

Greif ein
Greif ein
Deutsche Truppe
Greif ein

Nach
Fünfzig Jahren
Ist
Höchste Zeit
Wieder
Zur Stelle
Zu sein

Es gilt
Zu helfen

Und um Schutz
Niemals
Treibt uns
Eigennutz

Ein Hundsfott
Wer sagt
Uns leitet
Die Macht

Und
Was wir
In bar
Gewinnen
Wer

Diese Niedertracht
Verbreitet
Ist
Von Sinnen

Wir ziehen
Nicht
In den Krieg
Schon gar nicht
Für den Sieg
Wir hegen
Nur
Einen Gedanken

Recht
Ordnung
Freiheit
Demokratie
Dahinter stehen

Die Konzerne
Und Banken

Ein Schuft
Wer Böses dabei
denkt
Sie haben stets
Das Staatsschiff
Durch alle
Klippen
Gelenkt

Wenn
Der Kahn
Dann und wann
Zerschellt
Spülte
Eine Welle
Sie immer

An Land
Bis man sie
Wieder
Am Steuer
Fand

Ob jemals
Dieser Kreislauf
Zerbricht
Weiss ich
Nicht

Heinz Kamnitzer

Ernste Lücken in der Kritik am Kriegseintritt

Am 30. Juni beschloß der Bundestag den militärischen Eintritt der BRD in den Balkankrieg

Mit der Zustimmung des Bundestages wurde am 30.6. der unten dokumentierte Regierungsbeschluß wirksam. In der Parlamentsdebatte wurden vor allem das moralische Für und Wider des Einsatzes gewälzt. Am meisten gezogen hat wohl eine Argumentation, wie sie die Abgeordnete der Grünen, Marielouise Beck aus Bremen vorgetragen hat, um ihre Zustimmung zum Entsendungsbeschluß zu begründen: „Die 68er Generation, zu der ich gehöre, verlangte von ihren Eltern, endlich das Tabu über ihre Beteiligung an dem oder ihre Verstrickung in das Nazi-System aufzugeben und sich ihrer Verantwortung zu stellen. Wir müssen von uns ebenso unerbittlich verlangen, das Geschehen um uns herum mit scharfem Blick wahrzunehmen.“

Die Geschichte des Faschismus hat mit gelehrt, daß sich Polen, Rußland und die angegriffenen Völker nur mit militärischer Gegenwehr gegen Gewalt zur Wehr setzen konnten. Auschwitz wurde von Soldaten befreit.

Es ist richtig, wenn wir sagen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Das Erbe unserer Väter aber verpflichtet uns, wenn wieder einmal ein Volk vernichtet wird, sich dieser Gewalt entgegenzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne, CDU/CSU und SPD)

Wenn die Völkergemeinschaft in diesem Sinne gemeinsam handelt, ist es moralisch geboten, auch persönliche Risiken nicht zu scheuen. Ich denke, das gilt dann auch für die Menschen aus Deutschland. Der Krieg gegen die Menschen in Bosnien — Mord, Vergewaltigung, Konzentrationslager und Vertreibung — folgt einem erklärten und offen ausgesprochenen Vernichtungswillen der serbischen Extremisten; das können wir wissen. Jeder von uns kann sehen, wer in diesem Krieg Täter und Opfer ist. Ich meine, die Völkergemeinschaft hätte schon längst von der Position der Neutralität Abstand nehmen und sich parteiisch auf die Seite der Opfer stellen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hans Dietrich Genscher (FDP))
(...) Die Völkergemeinschaft hat es versäumt, sich zu Beginn des Krieges gegen Bosnien klar auf ein politisches Ziel zu einigen. Die Blauhelm-Mission mußte deswegen von einer Niederlage in die nächste schlittern. Peace-Keeping in einem Land, in dem der Krieg schon tobt, ist absurd ... Ich habe große Zweifel, daß die Entscheidung heute wirklich das bewirken wird, was die Menschen in Bosnien eigentlich bräuchten: eine Parteinahme und den politischen Willen, dem Morden wirklich Einhalt zu

geben.“ Frau Beck vertritt eine Extremposition, gewiß. Aber eine durchgängige Komponente in der Debatte war die Schuldzuweisung an die gewöhnlich als serbisch bezeichnete Konfliktpartei. Frau Beck ist für Beteiligung am UN-Einsatz, nicht weil sie das Ziel der UN teilt, durch Trennung der Kämpfenden den streitenden Parteien Verhandlungen zu ermöglichen, sondern weil sie darin einen Schritt heraus aus der Neutralität sieht. Wie kommt sie zu einer so schrecklichen Argumentation?

Es ist bekannt, daß der Zerfall des früheren Jugoslawien in Deutschland bejubelt wurde. Der Rückhalt in Deutschland hat die Suche nach einem Konsens unendlich erschwert. Frau Beck sucht nun der Verantwortung für die Eskalationspolitik Deutschlands, die damals von den Grünen mitgetragen wurde, zu entkommen und die Alleinschuld der serbischen Seite aufzubürden. Sie nimmt die von dem Weltkrieg-I.-Kritiker Karl Kraus charakterisierte Pose der verfolgenden Unschuld ein.

Es ist ein alarmierendes Zeichen, daß der Prozeß der Ausgestaltung und Verfestigung einer antiserbischen Alleinschuld-Lüge auch viele Repräsentanten

der Anti-Kriegs-Front erfaßt hat.

So sagte zum Beispiel Gregor Gysi zur Einleitung seines Beitrages, in dem er aus Gründen der deutschen Geschichte gegen den Kriegseintritt argumentierte und vor der Entwicklung deutscher Großmachtspolitik warnte, folgendes:

„Ich will zunächst darauf hinweisen, daß es niemanden in unserer Abgeordnetengruppe gibt, der den Krieg im ehemaligen Jugoslawien nicht als abscheulich, verbrecherisch und katastrophal empfindet. Es gibt auch niemanden, der die Politik der serbischen Führung in Bosnien auch nur im entferntesten akzeptiert. Sie ist zum großen Teil eine verbrecherische Politik.“

Es ist gut möglich, daß Gysi diese Einleitung seiner ausgeprägten Witterung für das gerade populäre verdankt und nicht dem klaren Blick für Realitäten, der seine Beiträge oft wertvoll macht.

Nach der Bundestagsdebatte stellt sich die Opposition gegen den deutschen Kriegseintritt geschwächt dar. Zwar umfaßt sie noch die ganze PDS und die Mehrheit bei der SPD und den Bündnisgrünen, aber der Regierung gelangen Einbrüche. Wenn auch von vielen Abgeordneten eindrucksvoll dargelegt wurde, wie gerade die deutsche Ge-

schichte den Eintritt in den Balkankrieg verbietet, war Frau Beck doch in der Lage, den Kriegseintritt gerade aus der Erfahrung des deutschen Faschismus zu begründen. Dies war möglich, weil in der Debatte die nationalen deutschen Interessen, die hinter dieser Politik stehen, nicht zur Sprache kamen.

Die Anti-Kriegs-Bewegung wird es sehr schwer haben.

Sie muß in der Öffentlichkeit um Verständnis für die berechtigten Interessen aller unmittelbaren Konfliktparteien, — man wagt es kaum zu schreiben — auch der serbischen, kämpfen und hurtige Schnellurteile aufdifferenzieren. Sie muß die Interessen- und Motivlage der deutschen Jugoslawienpolitik analysieren, es muß geklärt werden, ob die deutsche Politik hier einen mehr symbolischen Schritt tut, wie um zu beweisen, daß man wieder voll dabei ist, oder ob es bereits um die handfeste Absicherung gewonnener Einflusssphären geht.

Dies sind erkennbare Lücken in der Argumentation gegen den Kriegseintritt, die es der deutschen imperialistischen Bourgeoisie erlauben, die Aneignung der östlichen Adriaküste als Akt der Nächstenliebe und moralischer Gesinnung auszuschmücken. — (maf)

Dokumentation

Beschluß der Bundesregierung, 26. Juni

(1) Das Bundeskabinett beschließt, zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien durch folgende Maßnahmen beizutragen:

a) Bereitstellung von Lufttransportkräften zur Unterstützung der Versorgung der UN-Friedenstruppen außerhalb Bosnien-Herzegowinas.

b) Entsendung von Sanitätskräften zum Betrieb eines deutsch-französischen Feldlazarets in der Republik Kroatien zur sanitätsdienstlichen Versorgung der UN-Friedenstruppen (einschließlich einer lageabhängigen Sicherungskomponente).

c) Entsendung zusätzlichen Personals für die internationalen Hauptquartiere in Italien und Kroatien.

d) Schutz und Unterstützung der im NATO-Rahmen durchgeführten Luftunterstützung zum Schutz des schnellen Eingreifverbandes bei seinen Operationen für die UN-Friedenstruppen durch ECR-, Aufklärungs-TORNADO der Luftwaffe und Flugzeuge Breguet Atlantique der Marine für elektronische Aufklärung.

(2) Sollte ein Abzug der UN-Friedenstruppen aus der Republik Bosnien und Herzegowina und/oder aus der Republik Kroatien unumgänglich werden, stehen für eine NATO-Operation zur Unterstützung eines solchen Abzugs zusätzlich zu den unter (1) genannten Beiträgen Seestreitkräfte (Minenabwehrverband, Schnellbootverband) sowie deutsche Soldaten in internationalen Hauptquartieren, insbesondere im Hauptquartier des Schnellen Reaktionskorps der NATO, bereit.

(3) Bei dem Einsatz deutscher Kräfte zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien einschließlich möglicher Abzugsunterstützung handelt es sich um eine besondere Auslandsverwendung im Sinne § 58a des Bundesbesoldungsgesetzes.

(4) Das Auswärtige Amt wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung den Generalsekretär der Vereinten Nationen über die Bereitschaft der Bundesregierung zu unterrichten, die unter (1) a) bis c) genannten Leistungen zur Unterstützung der UN-Truppen im ehemaligen Jugoslawien zu erbringen, und ggf. im Hinblick auf die Sanitätskomponente eine die näheren Einzelheiten regelnde Vereinbarung mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen abzuschließen.

Das Bundesministerium der Verteidigung wird ermächtigt, im Einverneh-

men mit dem Auswärtigen Amt der NATO die Bereitstellung der unter (1) d) und (2) genannten Kräfte anzuzeigen.

(5) Vor einem Einsatz der unter (1) und (2) genannten Bundeswehrkontingente wird die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestags eingeholt. Hierfür wird dem Deutschen Bundestag der in der Anlage beigefügte Beschlußvorschlag zugeleitet.

Antrag der Bundesregierung

Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbandes im früheren Jugoslawien einschließlich der Unterstützung eines eventuellen Abzugs der UN-Friedenstruppen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte entsprechend dem von der Bundesregierung am 26. Juni 1995 beschlossenen deutschen Beitrag zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Eingreifverbandes zu, der den UN-Friedenstruppen im ehemaligen Jugoslawien die Erfüllung ihres Mandats ermöglichen soll. Der genannte Beitrag, ergänzt um Seestreitkräfte und weiteres Personal für internationale Hauptquartiere, steht ebenfalls für eine NATO-Operation zur Unterstützung eines eventuellen Abzugs zur Verfügung.

Der neue VS-Bericht denunziert die PDS erstmals umfassend als linksextremistisch. Das Innenminister Kanther unterstellte Amt teilt mit, politische Praxis und programmatische Entwicklung der Partei böten unübersehbare Anhaltspunkte dafür, daß die PDS die „freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptieren, sondern überwinden will“. Weiter richtet sich der Angriff auf Aussagen aus dem Programm und aus dem Fünf-Punkte-Papier des letzten Parteitag, die in der Partei breit geteilt werden. Sollte sich die Lesart der Behörde durchsetzen, wären nicht einzelne, eher randständige Positionen in der PDS getroffen, sondern die Grundlagen der Partei. Um diese wichtige Tatsache zu belegen, haben wir uns entschlossen, den VS-Bericht im Teil PDS vollständig zu dokumentieren.

Besonders übel ist, daß die Behörde — ein Geheimdienst — sich das Recht nimmt, die Verfassung neu auszulegen.

So wird eine Alternative von „akzeptieren“ und „überwinden“ erfunden, um der PDS ausschließlich kritische Ansichten im Sinne von „nicht akzeptieren“ vorzuhalten. Staatsbürgerlich einzig angemessen wäre wohl das willige Akzeptieren, die Hingabe an's Vorhandene ohne Ach und Weh. Die in der PDS — manchmal — mögliche Verbindung von gesellschaftlichem Widerstand, wissenschaftlicher Kritik und Reformpolitik wäre normenwidrig. Da die PDS von dieser Verbindung lebt, würde ihr Lebensnerv illegalisiert.

Neu kreiert wurden auch zwei „tragende Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung — Primat des gewählten Parlaments, Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung“, zu denen sich die PDS zweideutig verhalte.

Was ist ein Primat? Der Duden schreibt lakonisch „Vorrang, bevorzugte Stellung, Vorherrschaft“ und als Beispiel „oberste Kirchengewalt des Papstes“. Die Bundesamtler achten hier nicht den Grundsatz der Gewaltenteilung. Auch geht nach der Verfassung die Staatsgewalt vom Volk aus, das sie durch Wahlen und Abstimmungen ausübt. Das „Primat“ des Parlaments wird eingeführt, um reformerischer, verändernder Politik die Berufung auf das souveräne Volk zu verlegen.

Das eingeforderte tragende Prinzip der Gewaltlosigkeit der politischen Auseinandersetzung verleugnet das Menschenrecht auf Notwehr und Widerstand, das sich auch in der Verfassung der BRD findet. Falls sich nämlich ein Staat, wie es dann und wann geschieht, gegen die Rechte der Bürger so vergeht, daß den Unterdrückten keine andere Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Rechte bleibt, billigt auch die Verfassung den Bürgern das Recht zu, solcher Not mit angemessener Gewalt abzuwehren. Die gerühmte Gewaltlosigkeit ist kein „tragendes Prinzip“, schon eher ein „getragenes Prinzip“, weil es voraussetzt, daß die öffentliche Gewalt die Menschenrechte achtet.

Falls die PDS nicht rasch wirkende politische und rechtliche Mittel gegen die Geheimdienstanmaßung findet, würde der für das Verhalten praktisch aller Bundes- und Landesbehörden maßgebende Bericht — Unsinn hin oder her — eine ganze Zeit Bestand haben und die PDS wäre als — fast oder ganz — verfassungsfeindlich zu behandeln.

Die Regierungskoalition will den Verfassungskonsens verschieben. Zwischen SPD und PDS und Grünen und PDS soll eine Risikozone entstehen, damit der parteiübergreifende Diskurs erstirbt, in dem sich die politischen Inhalte einer „Mehrheit links von der Mitte“ klären könnten, die diffus bereits besteht. — (maf)

... schon bist du Verfassungsfeind.

Kanthers Behörden interpretieren die Verfassung neu und gegen die PDS

7. Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) (Vollständige Dokumentation des Berichtsteils über die PDS, Randglossen halbfett hervorgehoben)

Fundamentale Ablehnung des bestehenden Gesellschaftssystems.

Die 1990 in PDS umbenannte „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) — sie zählte nach eigenen Angaben Ende 1994 ca. 124.000 Mitglieder — verkörpert nicht mehr den Typ einer orthodox-kommunistischen Kaderpartei leninistischer Prägung. Jedoch bieten die politische Praxis und die programmatische Entwicklung der Partei unübersehbare Anhaltspunkte dafür, daß sie die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptieren, sondern überwinden will.

Die PDS versteht sich als linke „Strömungspartei“ für unterschiedliche sozialistische Kräfte, denen Kritik und Ablehnung der bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnisse gemein sind. Das Parteiprogramm erklärt hierzu, die PDS sei ein Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte, die — bei allen Meinungsverschiedenheiten — darin übereinstimmen, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse: **Gegen Kapitalismus:**

„In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu ändern und schrittweise zu überwinden.“

Beseitigung des Kapitalismus, Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems sowie die Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft“ gehören somit, auch wenn die „Revolutionsrhetorik“ des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei. Im 1993 beschlossenen und bis heute gültigen Parteiprogramm erklärt die PDS:

„Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens.“

Weiter heißt es in Anlehnung an das „Manifest der Kommunistischen Partei“:

Für Sozialismus:

„Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel — eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“

Im Geist von Marx und Engels:

Die geistigen Wurzeln, auf die sich die PDS im Programm beruft, sind weit gefaßt:

„Dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet, (...)“

Zur weiteren programmatischen Orientierung verabschiedete der Parteivorstand der PDS im November 1994 „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, die eine noch anhaltende Ideologiedebatte entfacht haben. Auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS (27. bis 29. Januar in Berlin) wurden die Thesen zu weiteren Diskussion an die Basisorganisationen der Partei überwiesen.

Anstelle der Thesen verabschiedete der Parteitag das Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“. Es steht in Kontinuität zum Parteiprogramm und hält am Anspruch grundlegender Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung fest. Hervorgehoben wird der „sozialistische Charakter der PDS“:

„Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können.“

Das Papier dokumentiert auch die ablehnende Haltung der PDS gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wenn festgestellt wird:

„(...), daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht.“

Vorwürfe aus den eigenen Reihen, die PDS entwickle sich zu einer sozialdemokratischen Partei, wies der alte und neue Parteivorsitzende Lothar BISKY auf dem Parteitag deutlich zurück:

„Wer die PDS auf dem Weg nach Bad-Godesberg sieht, hat auch eine andere Tatsache nicht begriffen: Godesberg, der Parteitag von 1959, markierte den Weg der SPD in die Bonner Republik. Die ist jedoch am Ende. Wir befinden uns auf dem Weg in die Berliner Republik, und die kann

durchaus ein völlig anderes Gesicht erhalten, als es sich die Herrschenden wünschen.“

Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes. Zu den tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung — Primat des gewählten Parlaments, Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung — verhält sich die PDS zweideutig. Zwar zeigt sie sich zu Mitarbeit in den Parlamenten von Bund und Ländern bereit. Im Parteiprogramm wird aber der außerparlamentarische Kampf um gesellschaftliche Veränderungen als entscheidend charakterisiert; einzelne Parteifunktionäre stellen auch öffentlich den Wert der parlamentarischen Demokratie in Frage oder verneinen ihn. So äußerte der Fraktionsvorsitzende der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus Peter-Rudolf ZOTL, die Oppositionsrolle der Partei werden in der Öffentlichkeit mit der Hoffnung verbunden, die PDS könne das politisch parlamentarische System, in dem die politische Entscheidung immer mehr zum parteipolitischen Kalkül verkomme, verändern. Viele Bürger im Osten wollten die Brechung der Parteienherrschaft.

Angela MARQUARDT, Mitglied des Parteivorstandes der PDS (zugleich Repräsentantin der AG „Junge GenossInnen in und bei der PDS“ — AG Junge GenossInnen — und seit Januar stellvertretende Bundesvorsitzende) behauptete, Wahlen wären verboten, wenn sie wirklich etwas änderten. Wahlkampf und Parlamente böten aber immerhin die Möglichkeit, linke Inhalte in die Medien zu transportieren. Die parlamentarische Demokratie sei in vielem eine Scheindemokratie. Man könne zwar nicht am Parlament vorbeigehen, die PDS glaube aber an ein nachparlamentarisches System. Das Ziel einer Veränderung des Systems dürfe sie nicht aus den Augen verlieren.

Der jüngste Parteitag hat die zweideutige Haltung zum Parlamentarismus bestätigt. Im beschlossenen Fünf-Punkte-Papier heißt es:

„Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von den konkreten parlamentarischen Rollen das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“

Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wird von einzelnen PDS-Funktionären nicht eindeutig abgelehnt. Die „Kommunistische Plattform der PDS“ (KPF) und die AG Junge GenossInnen äußern sich zu militantem Vorgehen zustimmend oder billigend. Solidarität und Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Linksextremisten, z. B. mit Autonomen, gehören für sie zur politischen Praxis.

In den eigenen Reihen duldet und fördert die Partei offen linksextremistische Strukturen, die sich insbesondere in der KPF und der AG Junge GenossInnen manifestieren.

Kommunistische Plattform der PDS

Die KPF — der PDS-Vorsitzende Lothar BISKY rechnet ihr etwa 5000 Mitglieder zu — bekräftigte auch 1994 ihr Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus. Nach einer programmatischen Erklärung, verfaßt von drei Sprechern der KPF, bildet der wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao-Tse-Tung weiterentwickelt worden sei, die Grundlage für die Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft.

Die Bundeskonferenz der KPF am 10./11. Dezember in Berlin beschloß, sich um mehr Einfluß in der PDS zu bemühen. KPF-Mitglieder gehören zu den politisch aktivsten Personen in der Partei. Sie waren 1994 in nahezu allen entscheidenden Gremien einschließlich des PDS-Parteivorstandes vertreten. KPF und PDS-Parteiführung versicherten sich wiederholt gegenseitiger, wenn auch kritischer Solidarität. Weder die PDS-Führung noch die KPF betreiben eine Lösung der Plattform von der PDS. In einem im Herbst bekanntgewordenen Positionspapier der KPF heißt es u. a.:

„Das Ausscheiden der Kommunistischen Plattform aus der PDS würde von der überwiegenden Mehrzahl der Parteimitglieder — auch jenen, die kommunistischen Ansichten nahestehen — nicht verstanden und (mit Recht) als Sektierertum bewertet werden.“

Der PDS-Bundesvorsitzende BISKY warnte, wer die Plattform angreife, wende sich auch gegen die PDS.

Der Landesvorsitzende der PDS Brandenburg, Helmut MARKOV, bezeichnete es als verheerend, den Gedanken an eine Ausgrenzung der KPF auch nur zu äußern. Diese verkörpere für ihn eine Richtung, die auf dem Programm der PDS fuße. Deren Mitglieder seien deshalb ebensolche Demokraten wie andere PDS-Mit-

glieder.

Der Parteitag im Januar 1995 hat am grundsätzlichen Einvernehmen zwischen PDS und KPF nichts geändert. Zwar wurde Sara WAGENKNECHT nicht wieder in den Parteivorstand gewählt. Jedoch wurde gleichzeitig eine Ergänzung zum Fünf-Punkte-Papier beschlossen, welche die Stellung der KPF in der PDS bekräftigt:

„Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikomunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen zu verzichten.“

AG Junge GenossInnen zusammen mit gewaltbereiten Linksextremisten

Die AG Junge GenossInnen (etwa 500 Mitglieder) dient als Bindeglied der PDS zu jugendlichen und dogmatischen Linksextremisten, besonders Autonomen. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist für die Mitglieder der AG kein Tabu. An einem im Mai in Strausberg durchgeführten „Widerstandskongreß“ der AG beteiligten sich laut „Neues Deutschland“ auch Vertreter der autonomen Antifa und Personen, die wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mehrjährige Straftaten (?!), muß wohl heißen Gefängnisstrafen, Red.) verbüßt haben. In einem Bericht zum Kongreß schrieb Angela MARQUARDT:

„In einer Zeit, wo wir uns die Mittel unseres Widerstandes nicht mehr aussuchen können (...), ist es für meine Begriffe sinnlos, ständig neu über die Gewaltfrage zu diskutieren. (...) Und wer Gewaltfreiheit proklamiert, ist meiner Meinung nach blauäugig.“ („PDS-Pressedienst“ Nr. 20 vom 20. 5. 1994)

Auf ihrem Bundeskongreß am 16./17. Dezember in Magdeburg forderte die AG Junge GenossInnen in einem Positionspapier ein Oppositionsverständnis, das „Widerstand gegen jede Form von Herrschaftspolitik bedeutet. Eine an das politische System der Bundesrepublik angepaßte Oppositionspartei hätte ihre Existenzberechtigung verloren.“

In einem Interview zur Bundeskonferenz behauptete Angela MARQUARDT, in allen PDS-Landesverbänden gebe es Junge GenossInnen, in der Regel auch in allen Großstädten im Osten wie im Westen; zumindest im Westen habe die AG großen Zulauf. Mit Angela MARQUARDT — nunmehr stellvertretende Parteivorsitzende der PDS — und Halina WAWCZYNIAK verfügt die AG über zwei Vertreter im Parteivorstand.

Weitere Linksextremisten in der PDS

In den westlichen Bundesländern — die Partei zählt dort nach eigenen Angaben ca. 2400 Mitglieder — gehören zur PDS auch ehemalige Maoisten aus dem „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK), sowie Trotzkisten aus der „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP). Im Sommer formierte sich eine „Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS“. Aufrufe zur Gründung einer „Anarchistischen Plattform in und bei der PDS“ werden seit Herbst bundesweit verbreitet. Der jüngste Parteitag verabschiedete Maßnahmen zur Forcierung der Westausdehnung der Partei.

Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten.

Auch Verflechtungen und Zusammenarbeit mit Kommunisten und Linksextremisten anderer Gruppierungen — vor allem der DKP — werden von der PDS nicht in Abrede gestellt.

Zur Bundeswahl am 16. Oktober kandidierten für die PDS auf den „offenen Listen“ und als Direktkandidaten (oder in beiden Funktionen) etwa 50 Personen, die sonstigen linksextremistischen Organisationen (z. B. der DKP) angehören bzw. in jüngerer Vergangenheit angehört. Von den Abgeordneten der PDS, die in den Bundestag einzogen, waren drei früher in der DKP aktiv, ein weiterer übt Funktionen in der VSP aus.

Zu ausländischen kommunistischen Parteien und Organisationen unterhält die PDS kontinuierliche freundschaftliche Beziehungen. Im Programm bezeichnet sie dies als „Internationalismus“.

Insgesamt ergeben sich aus einer Reihe von Zielsetzungen der Partei und programmatischen Aussagen bis in die Parteispitze tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen der Gesamtpartei. Auch hat sich die PDS nicht von den linksextremistischen Strömungen in der Partei, die insbesondere von der „Kommunistischen Plattform“, der „AG Junge GenossInnen“ und Gruppen aus dem „Bund Westdeutscher Kommunisten“ verkörpert werden, getrennt, teilweise habe diese ihre Positionen innerhalb der PDS sogar — auch nach dem Bundesparteitag im Januar 1995 — gefestigt.

Quelle: Verfassungsschutzbericht 1994, Hrsg. Bundesminister des Innern, Bonn, Juli 1995

José Martí zum 100. Geburtstag

Eine lesenswerte Neuerscheinung, von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.

Die Aachener Gruppe der „Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.“ hat zur Erinnerung an den 100. Todestag des kubanischen Revolutionärs José Martí ein Buch mit Texten von José Martí herausgegeben. Nach einer Einführung über das Leben und die politische Geschichte dieses kubanischen Revolutionärs (siehe auch den Artikel zu José Martí in PB 12/95, Seite 7) enthält der Band zahlreiche ausgezeichnete Übersetzungen insbesondere aus dem lyrischen Werk.

In einer Einladung zu einer Gedenkveranstaltung zum 100. Todestag von José Martí beschrieb die Kölner Gruppe der Freundschaftsgesellschaft Martí's politisches und literarisches Werk so:

„Er erkannte als erster die Gefahr des heraufziehenden US-Imperialismus und sah die ökonomische Ausplünderung und politische Bevormundung durch die USA und die damit verbundene Verewigung der Rückständigkeit Lateinamerikas voraus.

Martí erkannte ferner, daß Kunst und Literatur des Kontinents als Folge der unvollendeten Revolution ebenfalls einen kolonialen Charakter bewahrt hatten.

Einer seiner größten Verdienste war die Rückbesinnung auf die eigenen lateinamerikanischen Wurzeln der Kul-

tur, besser gesagt, ihre Neuentdeckung. Martí schenkte Lateinamerika jenes Selbstbewußtsein, das von den Konquistadoren bis zu den heutigen selbsternannten Ordnungshütern der „NEUEN WELTORDNUNG“ systematisch zertrümmert wurde und wird.

Martí schuf jenes Selbstbewußtsein, daß seine Heimat, Kuba, die Unverfrorenheit aufbringen läßt, vor der Haustür des Giganten USA unbeirrbar den eigenen Weg zu verfolgen. „Die Regierung muß in dem Land geboren sein. Der Geist der Regierung muß der des Landes sein. Die Regierungsform muß sich den dem Land eigenen Gegebenheiten anpassen.“

Die Veröffentlichung der Freundschaftsgesellschaft will dieses Werk Martí's dem deutschen Leserkreis zugänglich machen. Ihr ist eine weite Verbreitung zu wünschen.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Bundesvorstand (Hrsg.), José Martí zum 100. Todestag, Röhrich Verlag, Aachen, ISBN 3-929896-02-9, 120 Seiten, Preis 7,50 DM.

Bestellungen an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Bundesvorstand, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Telefon/Fax: 0221/2405120.

Ich bin ein Mensch, aufrecht und wahr (Guantanamo)

Ich bin ein Mensch, aufrecht und wahr,
unter Palmen bin ich zu Haus,
und ich werf meiner Verse Schar,
eh ich sterb, aus mir heraus.

Ich komme von überallher
und geh überallhin,
ich bin Kunst unter Künsten so sehr,
wie ich Berg in den Bergen bin.

Seltsame Namen genug
weiß ich von Blumen und Gras
und von tödlich bösem Betrug
und von Schmerzen im Übermaß.

Nachts sah ich herniederfallen
und über mein Haupt sich ergießen
des reinen Lichtes Strahlen,
die aus göttlicher Schönheit fließen.

Ich sah, wie den Schultern der Frauen
schwellende Flügel entstiegen,
ich sah aus Ruinen, den grauen,
Schmetterlinge auffliegen.

Ich sah einen Menschen leben,
in der Seite den Dolch, blutgerötet,
ohne je preiszugeben
die Liebe, die ihn getötet.

Wie einen flüchtigen Hauch
sah ich zweimal die Seele hier,
beim Tode des Alten und auch,
als sie Abschied nahm von mir.

Dort am Zaun, wo der Weinberg beginnt,
wurde ich einmal sehr schwach,
als die grausame Biene mein Kind
jäh in die Stirne stach.

Und eines genoß ich einmal,
mehr als alles genoß ich das:
Als der Richter weinend im Saal
mein Todesurteil verlas.

Ich hör einen seufzenden Ton
über Länder und Meere im Wind —
kein Seufzer! Es ist mein Sohn
der zu erwachen beginnt.

Laß sie sagen: Beim Juwelier
liegt der schönste Stein dir bereit!
Einen ehrlichen Freund nehm ich mir
und lasse die Liebe beiseite.

Des verwundeten Adlers Drift
sah ich hoch im heiteren Blau
und sterben am eigenen Gift
die Viper in ihrem Bau.

Wohl weiß ich, wenn sich die Welt
ermattet zum Schlaf niederlegt,
daß unter der Stille Zelt
sich murrend der Bach bewegt.

Die kühne Hand legt ich gern —
sie erstarrte vor Jubel und Schreck —
auf den erloschenen Stern,
der stürzte auf meinen Weg.

Tief im Herzen verberge ich schon
die Qual, die mein Leben verdirbt:
Des versklavten Volkes Sohn
lebt für sein Land, schweigt und stirbt.

Alles hat Schönheit, Bestand,
ist Vernunft, Musik und Gedicht,
und alles ist wie der Diamant,
Kohle erst und dann Licht.

In deiner Torheit verlangst
mit Pomp du begraben zu werden,
und so groß wie die Friedhofsangst
ist keine andre auf Erden.

Ich schweig und versteh — den Prunk
des Reimeschmieds legte ich ab
und hol vom verdorrten Strunk
meinen Doktormantel herab.



Der Platz der Revolution in Havanna, Kuba

Ein blutroter Blitzstrahl zerreißt die schwarze Gewitterwand

Ein blutroter Blitzstrahl zerreißt
die schwarze Gewitterwand.
Das Schiff spuckt — zu Hunderten meist —
aus der Luke die Neger an Land.

Jagende Stürme zerfetzten
der Schonungen dichtes Grün.
In endlosen Reihen hetzten
die nackten Sklaven dahin.

Wild rüttelte der Wind
an den vollgestopften Hütten,
eine Mutter mit ihrem Kind
lief klagend, mit raschen Schritten.

Als die Sonne am Himmel so rot
wie in der Wüste aufging,
traf ihr Strahl einen Sklaven, der tot
an einem Ceiba-Baum hing.

So sah ihn ein Kind. Voller Qual
und Schauer vor diesem Verbrechen,
schwores, die Leidenden all
mit seinem Blute zu rächen.

TERMINE

22.7.: Demonstration in Berlin zur
Rettung des Lebens von Mumia Abu-
Jamal

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnep-
fenthal, Thüringen. Beginn am Don-
nerstag um 13 Uhr, Ende Sonntags ge-
gen 12 Uhr. (Das ausführliche Pro-
gramm ist im letzten Rundbrief der
ARGE beschrieben.)

1.9.-3.9.: UZ-Pressfest der DKP im

Revierpark Wischlingen in Dortmund

9.9.: Vorstandstagung der Bundeskon-
ferenz Bund Westdeutscher Kommu-
nisten in Köln

16./17.9.: 3. Gewerkschaftspolitische
Konferenz der PDS in Berlin

14.10.: Der Arbeitskreis Politische Be-
richte tagt in Köln

14.-15.10.: Bundeskonferenz Bund
Westdeutscher Kommunisten in Köln

... aus der Todeszelle

Essays von
Mumia
Abu-Jamal

Aus dem Werbetext des Bremer Verlags für das demnächst erscheinende Buch des zum Tode verurteilten schwarzen Journalisten:

Mumia Abu-Jamal ist der derzeit bekannteste Gefangene in den Todeszellen der Vereinigten Staaten von Amerika. 1982 wurde er zum Tode verurteilt, weil er angeblich einen Polizisten ermordet haben soll. Tatsächlich wurde Jamal aber verurteilt, weil sein entschiedenes und parteiübergreifendes Engagement gegen Rassismus und politische Unterdrückung den Politikern und der Polizei in seiner Heimatstadt Philadelphia ein Dorn im Auge war.

Schon als er 15 Jahre alt war, legte das FBI eine Akte über ihn an, nachdem er der Black Panther Party beigetreten war. Später arbeitete er als Rundfunkjournalist und befaßte sich vor allem mit sozialen und politischen Themen aus der schwarzen und hispanischen Community. Mit dieser engagierten Arbeit verdiente er sich den Beinamen „Voice of the Voiceless“ — „Stimme der Unterdrückten“ — und wurde zum Präsidenten der Association of Black Journalists von Philadelphia gewählt.

Auch aus der Todeszelle heraus veröffentlichte er weiter seine kritischen Kommentare. Neben *The Nation* und dem *Yale Law Journal* veröffentlichten zahlreiche Zeitungen und Magazine in den USA und Europa seine Artikel.

1994 nahm der bekannte US-Rundfunksender National Public Radio (NPR) Jamal für eine wöchentliche Kolumne unter Vertrag. Die rechte Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police (FOP) in Philadelphia setzte daraufhin die Verantwortlichen durch eine Hetzkampagne erfolgreich unter Druck. Die bereits produzierten Beiträge verschwanden im Archiv, der Vertrag wur-

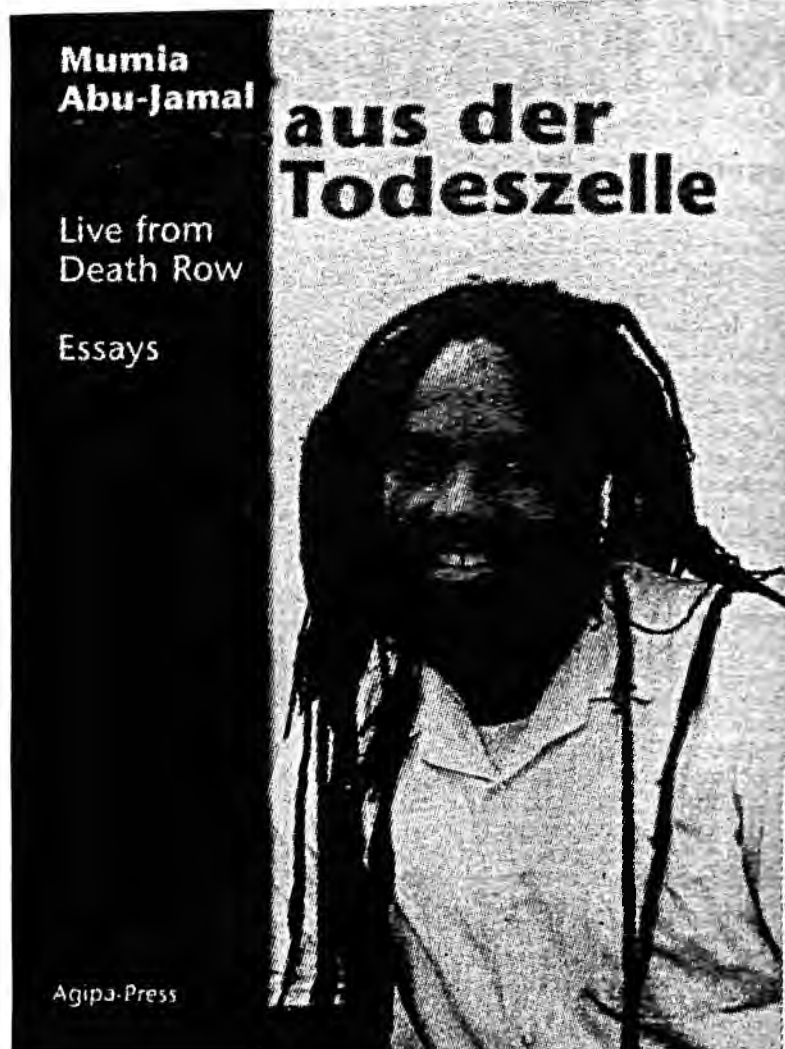
de wieder gelöst. Das führte in den USA zu landesweiten Protesten und heftigen Debatten über Zensur, Todesstrafe und das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Weniger als ein Jahr später ist es wieder die FOP, die, unterstützt von ultrakonservativen Politikern und den Medien, eine Kampagne gegen die Veröffentlichung des vorliegenden Buches in den USA anstrengt. Dem US-Verlag Addison-Wesley wird mit Boykott gedroht, der Autor im Gefängnis mit einer Disziplinarstrafe noch schärfer isoliert als bisher und seine baldige Hinrichtung gefordert. Der Abgeordnete Mike McGeehan aus Pennsylvania: „Ob er einen Polizisten umbringt oder einen Buchvertrag im Gefängnis unterschreibt — für das eine wie das andere wird er büßen!“ (ARD-Kulturreport am 23. 4. 95)

Was schreckt die Befürworter von Law & Order so an diesem Buch? „... aus der Todeszelle — Live from Death Row“ enthält von Mumia Abu-Jamal in der Todeszelle geschriebene Essays, einschließlich der unveröffentlichten NPR-Radiobeiträge, mit denen er die Brutalität und die Demütigungen des Gefängnislebens schildert.

Mit diesem Buch hört die Öffentlichkeit zum ersten Mal etwas aus dem Innern der Todestrakte. In seinen Essays setzt sich Jamal sehr überzeugend mit der Todesstrafenpraxis in den USA auseinander. Er weist nach, daß sie ein rassistisches Instrument ist, und kritisiert, daß unter dem Motto der „Kriminalitätsbekämpfung“ ganze Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken gemacht werden, statt die steigende Armut und Perspektivlosigkeit in den Ghettos zu beseitigen.

Mumia Abu-Jamals leidenschaftliche und parteiiche Art zu schreiben hat in den USA die Kontroverse um die Todes-



strafe und die Meinungsfreiheit verschärft.

In der Bundesrepublik ist eine Auseinandersetzung um Rassismus und Todesstrafe nicht weniger notwendig. Rassismus müssen in der BRD vor allem jene erleiden, die als Flüchtlinge in dieses Land kommen und nach oft entwürdigenden Verfahren abgeschoben werden: In Hunger- und Kriegsgebiete oder direkt in die Hände der Henker, denen sie entfliehen wollten.

Mumia Abu-Jamals Essays sind ein Plädoyer dafür, nicht zu schweigen und wegzusehen, sondern Licht in die fin-

stersten Ecken unserer Gesellschaft werfen und unsere Stimmen zu erheben.

Das Buch erscheint Ende Juli/Anfang August in AGIPA-PRESS, Verlag Geschichte, Kultur und Politik der Völker Amerikas, ISBN 3-926529-09-1, 180 Seiten, ca. 24,00 DM.

Schriftstellerinnen und Schriftsteller unterstützen die Herausgabe des Buches durch Nennung ihres Namens in der Veröffentlichung einer kurzen Erklärung gegen die Todesstrafe und für die Freilassung Jamals bzw. die Durchführung eines Wiederaufnahmeverfahrens.

„Keine Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal!“

Bundesweite Demonstration am Samstag, dem 22. Juli 1995, in Berlin
Beginn um 12 Uhr ab Rosa-Luxemburg-Platz. Abschlußkundgebung im Lustgarten.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 0342 04 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 0342 04 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- o 4 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres-/ Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- o im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).
- o Halb-/ Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse